

1

Statuten

der

Wittwenkasse

der

Aerzte, Wundärzte, Thierärzte
und Apotheker

des

Königreichs Sachsen

und der

angrenzenden Herzog- und Fürstenthümer,

bestätigt

durch allerhöchstes Dekret vom 13. October 1852.

Stulen

Wittwe Klasse

Arzte, Wundärzte, Thierärzte
und Apotheker



angehender Herzog - und Fürstenthum

durch althergebrachte Recht vom 13. October 1882

Vorwort. *)

So lange auch schon Lebensversicherungsanstalten und Wittwenkassen bestehen, so ist doch die Bekanntschaft mit dem Wesen und der Einrichtung derselben im Allgemeinen weit weniger verbreitet, als man erwarten sollte. Meistens, findet man, werden Erwartungen von ihnen gehegt, die weit über alles Maass hinausgehen, fast als wären sie Lotterien, wo man auf jeden Einsatz einen grossen Gewinn machen müsse. Diese Ansprüche werden aber auf

*) In der am 9. Sept. 1852 zu Budissin abgehaltenen 3. Generalversammlung wurde der Beschluss gefasst, den nach Bestätigung durch die hohe Staatsregierung neu zu druckenden Statuten eine Darlegung der Vortheile vorzuschicken, welche Wittwenkassen im Allgemeinen, und die unsrige im Besondern, vor Lebensversicherungs-Anstalten besitzen. Das Ausschussmitglied Herr Dr. Reinhard zu Budissin hat sich auf unser Ersuchen dieser Aufgabe mit höchst anerkennungswerther Bereitwilligkeit unterzogen und hoffen wir, dass seine eben so klare, als gründliche Darstellung zur richtigen Auffassung des Verhältnisses unserer Gesellschaft wesentlich beitragen werde.

Das Direktorium.

das wahre Verhältniss herabgehen, wenn wir uns das Wesen derartiger Anstalten klar machen. Wir haben sie hierbei aus einem doppelten Gesichtspunkte zu betrachten, erstens als Sparkassen, wo wir kleine Ersparnisse (die jährlich einzuzahlenden Prämien) niederlegen und durch Anhäufung von Zins auf Zins wachsen lassen können, dabei aber die Nöthigung haben, die Ersparnisse regelmässig und pünktlich einlegen zu müssen, ohne dieselben angreifen zu können. Zweitens aber sollen dieselben auch dazu dienen, die Nachtheile, welche ein früher Tod des Versicherten für seine Hinterlassenen hat, dadurch auszugleichen, dass seinem Ersparten von dem der lange Lebenden soviel zugelegt wird, bis es die gleiche Höhe hat, als wenn er die mittlere Lebensdauer erreicht hätte. Offenbar haben daher die lange Lebenden in solchen Kassen keinen Gewinn, sondern im Gegentheil einigen Verlust zu erleiden, da sie die früh Verstorbenen mit zu übertragen haben. Aber das Risiko dieses Verlustes wird man gern beim Eintritt in eine Anstalt übernehmen, da man dadurch die Sicherheit gewinnt, seine Hinterlassenen versorgt zu haben, auch wenn man gegen Erwarten frühzeitig stirbt. *)

*) Bei der Dresdner ärztlichen Wittwenpflegschaft ist diese Sicherheit weggefallen, die Wittwe erhält nur im Ver-

Die eingelegten Ersparnisse können dann nach dem Tode des Versicherten entweder als eine jährliche Rente an eine vorher bestimmte Person, z. B. die Wittwe, zurückgezahlt werden, wenn sie dann noch lebt, und so lange sie lebt, und das leisten die Wittwenkassen; — oder sie werden auf einmal ausgezahlt, und das ist die gewöhnliche Versicherungsweise bei den Lebensversicherungsanstalten.

Allerdings giebt es jetzt auch mehre Lebensversicherungsbanken, welche eine gleiche Versicherungsweise zulassen, wie sie bei den Wittwenkassen gebräuchlich ist, wie z. B. die Londoner „Lebensvers.-Bank für Gesunde u. Kranke“ (Medical invalid and general life assurance society) und die „Allgem. deutsche Lebensvers.-Gesellschaft in Lübeck.“ Man könnte daher wohl die Frage aufwerfen, wozu noch Wittwenkassen für einzelne Klassen der Bevölkerung gegründet würden, da dem Bedürfniss durch jene Anstalten schon abgeholfen werde.

Auf die Beantwortung der Fragen, ob man ein-

hältnisse der von ihrem Manne eingezahlten Beiträge, und daher, wenn er bald nach dem Eintritt stirbt, auch nur eine ganz geringe Pension. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum sie im Ganzen von Seiten des ärztlichen Publikums wenig Theilnahme gefunden hat.

fache Lebensversicherung mit Kapitalzahlung od. Wittwenpension wählen solle, ob letztere bei einer Lebensvers.-Bank oder einer Wittwenkasse zu suchen sei, genauer einzugehen, dürfte nicht unzweckmässig sein.

Will Jemand sein Leben versichern, so muss er zunächst wissen, wieviel er jährlich von seinen Einnahmen zurücklegen kann, um für die Zukunft der Seinigen zu sorgen, und dann hat er sich darüber zu entscheiden welchen Zweck er erreichen will, und wie er ihn auf die vortheilhafteste Weise erreichen kann. Will er, dass die Seinigen nach seinem Tode ein Kapital in die Hände bekommen, das sie vielleicht zu Anlegung eines Geschäfts, zur Bestreitung der Kosten der Ausbildung, zur Ausstattung u. s. w. verwenden sollen, so wird er einer Lebensversicherungsgesellschaft beitreten und sich mit der Summe versichern, welche seinen Jahren und seiner Beitragsfähigkeit entspricht. So wird es meistens am zweckmässigsten sein, wenn er Kinder hat und erwartet, dass sie ihn überleben werden. — Hat er dagegen eine Frau, die eines Kapitals weniger bedarf, als regelmässiger Einkünfte während ihrer Wittwenzeit, so wird er ihr den grösstmöglichen Vortheil zuwenden, wenn er ihr eine jährliche Rente erwirbt, die bis an ihr Lebensende dauert. Eine solche Rente ist natürlich beträchtlich höher, als die

Zinsen eines Kapitals sein könnten, welches er als Versicherungssumme für seine eingezahlten Beiträge erhält. Am besten wird er ihr diese Rente oder Pension durch Eintritt in eine Wittwenkasse verschaffen. — Will Jemand beide Zwecke vereinigen, so hat er natürlich auch beide Wege einzuschlagen und seine jährlichen Ersparnisse so zu theilen, dass er den einen Theil für die zu zahlende Versicherungssumme, den andern für die Rente verwendet.

Es wurde nun zwar oben gesagt, dass mehrere Lebensversicherungsanstalten ihre Einrichtungen auch so getroffen hätten, dass sie als Wittwenkassen benutzt werden können, und dass daher die Errichtung neuer Wittwenkassen für besondere Kreise der Bevölkerung unnöthig erscheine; doch ist das nicht der Fall, da die letzteren bei zweckmässiger Einrichtung immer mehr zu leisten im Stande sind, als die Lebensversicherungsbanken. Es beruht dies theils auf dem bedeutenden Verwaltungsaufwande, der mit diesen Banken verbunden ist, theils auf dem Gewinnantheil, welchen die Actionäre für ihre als Reservefond eingelegten Kapitalien zu verlangen berechtigt sind, und welcher daher die auszuzahlenden Renten und Versicherungssummen schmälert. Zwar giebt es, namentlich auch in Deutschland, mehrere Anstalten, welche auf Gegenseitigkeit begründet sind

und wo daher die Auszahlung von Gewinnantheilen an Actionäre wegfällt, doch bleibt das Erstere, der bedeutende Verwaltungsaufwand, immer bestehen. *) Wie beträchtlich derselbe ist, zeigt z. B. die im besten Rufe stehende Gothaer Lebensversicherungsbank, wo die Gehalte, Tantiemen, Provisionen der Direktoren, Ausschussmitglieder, Aerzte, Revisoren, Agenten, Bureaubeamten, die Porto-, Copialien-, Gerichtskosten u. s. w., eine Summe von fast 50,000 Thlrn. jährlich in Anspruch nehmen. Bei den Wittwenkassen, die nur für gewisse Stände und kleine Bezirke gegründet sind, ist dagegen der Verwaltungsaufwand sehr unbedeutend, da in der Regel die Direktionsgeschäfte unentgeltlich von Mitgliedern versehen werden, und nur etwa der Kassensführer eine geringe Remuneration erhält; wie denn z. B. unsere ärztliche Wittwenkasse im Jahre 18 $\frac{5}{3}$ $\frac{0}{1}$ 66 Thlr. 13 Ngr., und im Jahre 18 $\frac{5}{3}$ $\frac{1}{2}$ 48 Thlr. 5 Ngr. 3 Pf. Aufwand erfordert hat.

*) Alle Lebensversicherungs-Gesellschaften haben übrigens eine rein pecuniäre Tendenz, indem bei allen Unternehmer und Versicherte möglichst viel Geldvorthelle zu erlangen suchen. Eine Wittwenkasse hingegen ist als eine *Pia causa* zu betrachten, und hat zum Hauptzweck die Unterstützung Hilfsbedürftiger. Es darf daher bei letztern auf eine Vermehrung des Fonds durch Geschenke und Vermächtnisse gehofft werden, was bei ersteren wohl kaum je der Fall sein dürfte.

Das Direktorium.

Dass Wittwenkassen, und, was hier besonders in Betracht kommt, die der sächsischen Aerzte, mehr gewähren, als die nach demselben Princip geordneten Lebensversicherungsbanken, ergiebt sehr einfach eine Vergleichung beider in bestimmten Fällen. Nehmen wir z. B. an, ein Mann sei beim Eintritt in die Wittwenkasse oder die Versicherungsgesellschaft 35 Jahr, und seine Frau 30 Jahr alt, ein Fall, der wohl ein sehr häufiger sein wird. Sein jährlicher Beitrag wird dann in unsrer Wittwenkasse 4 Thlr. 18 Ngr. pro Antheil betragen, und dafür sichert er seiner Wittwe eine Rente von 18 Thlr. Zahlt er denselben Beitrag z. B. in der Londoner „Lebensvers.-Bank für Gesunde u. Kranke,“ so wird seine Wittwe nur eine Rente von 15 Thlr. 17 Ngr. 8 Pf. erhalten, und von der Lübecker Gesellschaft nur 14 Thlr. 16 Ngr. 1 Pf. — Oder: um seiner Wittwe eine Rente von 18 Thlr. zu sichern, hätte er

	Thlr.	Ngr.	Pf.
in der Wittwenkasse f. sächs. Aerzte.	4	18	—
in der Lond. Bank f. Ges. u. Kr.	5	9	3
in der Lübecker Gesellschaft	5	17	8

jährlich zu zahlen. Diese Ziffern zeigen wohl am deutlichsten, dass die Wittwenkasse den Versicherungsbanken vorzuziehen ist.

Die Pensionen unserer Wittwenkasse sind aber höher, als die der Banken, trotzdem dass $\frac{1}{4}$ der Bei-

träge, Eintrittsgelder und Zinsen an einen Sparfond abgegeben werden, und damit widerlegt sich wohl auch der Vorwurf, der hie und da gegen dieselbe laut geworden ist, dass sie die gegenwärtigen Mitglieder zu Gunsten der zukünftigen durch übermäßige Anhäufung des Sparfonds benachtheilige. In diesem Sparfond besteht ein zweiter Vorzug der Wittwenkasse, indem es nämlich dadurch möglich gemacht wird, dass die Pensionen der Wittwen später immer mehr erhöht werden können. Drei Viertel der Zinsen des Sparfonds werden den Pensionen zugewendet und dadurch Einnahmen gewonnen, welche von der Zahl der Beitragenden unabhängig sind.

Zur genauern Beurtheilung dessen, was oben schon über die Wahl zwischen einer einfachen Versicherungssumme und einer Wittwenpension gesagt wurde, möge hier noch ein Vergleich in Zahlen geführt werden. Nehmen wir wieder an, ein Mann von 35 Jahren, dessen Frau 30 Jahre alt ist, will sein Leben versichern und einen jährlichen Beitrag von 4 Thlr. 18 Ngr. zahlen, so würde er in der Wittwenkasse für sächs. Aerzte, seiner Wittwe, wenn dieselbe ihn überlebt, eine Pension von jährl. 18 Thlr. verschaffen, in der Lübecker, Gothaer oder Leipzi-

ger Versicherungsbank *) würde sie aber ein Kapital von 154 Thlr. erhalten. Sollte nun die Wittwe nur die Zinsen dieses Kapitals geniessen, so würde ihre jährliche Einnahme davon natürlich nur 6 Thlr. betragen; sollte sie aber die gleiche Einnahme haben, wie in der Wittwenkasse, und also jährlich 18 Thlr. vom Kapital nehmen, das übrige aber immer zu $4\frac{0}{0}$ Zinsen anlegen, so würde das Kapital nach $10\frac{1}{2}$ Jahren erschöpft sein und wenn die Wittwe länger lebte, würde sie nichts mehr haben. Da es ihr aber nicht möglich sein wird, ein so kleines Kapital mit seinen Bruchtheilen von Thalern fortwährend zu $4\frac{0}{0}$ zu verzinsen, so würde natürlich dasselbe noch viel früher zu Ende gehen und der Zweck, der Wittwe bis zu ihrem Lebensende eine Unterstützung zu verschaffen, verfehlt werden, da nach den Tabellen der Lebensversicherungsgesellschaften durchschnittlich die Zeit, um welche bei obigen Altersverhältnissen eine Wittwe ihren Mann überlebt, zu $13\frac{4}{5}$ Jahren angenommen wird. **)

Es ist bei den vorstehenden Betrachtungen nicht

*) Ihre Prämiensätze sind bis auf sehr geringe Unterschiede gleich.

**) Die Wittwen der Aerzte überleben, da ihre Männer durchschnittlich eher sterben als die meisten anderer Stände, dieselben weit länger. Das Direkt.

auf den Umstand Rücksicht genommen worden, dass die eingezahlten Beiträge bei einer Wittwenkasse zu zwei Dritttheilen verloren sind *), wenn die Frau vor dem Manne stirbt, dass aber bei einfacher Lebensversicherung das Kapital jedenfalls beim Tode des Versicherten ausgezahlt wird, wer auch die Erben seien. Aber es ist hierbei der an die Spitze gestellte Zweck im Auge behalten worden, welcher jedem in die Wittwenkasse Eintretenden vorliegt, der Zweck, für seine Wittve zu sorgen. Stirbt die Frau früher, so erledigt sich eben der Zweck. Uebrigens ist die Gefahr dieses Verlustes nicht bedeutend, da unter 100 Fällen ungefähr 82 Männer früher sterben als ihre Frauen.

Ganz ein anderes Verhältniss als das, was bei der Fürsorge für die Wittve in Betracht kommt, ist es, wenn über die Fürsorge für die Kinder entschieden werden soll, wenn man sich fragt, ob es zweckmässiger ist, dieselbe bei einer Waisenkasse zu suchen, oder in einer Lebensversicherungsbank; ob man für sie lieber eine Rente erwerben will, die sie beziehen, bis das jüngste ein bestimmtes Alter,

*) Auch hierin bietet die Wittwenkasse für sächsische Aerzte mehr, als die Versich.-Banken, wenn man in ihnen eine Ueberlebensrente versichert, indem hier die eingezahlten Beiträge ganz verloren sind.

z. B. das 14. od. 18. Altersjahr erreicht hat, oder ob sie ein Kapital erhalten sollen, mit dem sie einen Erwerbszweig ergreifen, oder die Kosten ihrer Ausbildung bestreiten können. Es können hier soviel verschiedene bestimmende Gründe vorhanden sein, dass eine Abwägung derselben im Allgemeinen sehr schwierig wird. Zudem ist auch hier keine Veranlassung vorhanden, auf diese Frage genauer einzugehen, da bis jetzt neben der ärztlichen Wittwenkasse noch keine Waisenkasse besteht, und bei dem Mangel aller statistischen Unterlagen ohne die Gefahr grosser Irrungen auch noch nicht sobald ins Leben treten kann.

Nachdem wir bisher die Vortheile, welche die ärztliche Wittwenkasse vor andern den Aerzten zugänglichen Anstalten der Art voraus hat, genauer betrachtet und mit Zahlen nachgewiesen haben, dürfte es nicht ohne Interesse sein, noch auf zwei andere Versicherungsgesellschaften einzugehen, welche in der 3. Generalversammlung der Mitglieder unserer Kasse am 9. September 1852 erwähnt wurden, und aus denen man die Vermuthung schöpfte, dass die ärztliche Wittwenkasse eine geringere Pension gewähre, als sie nach der Höhe der Beiträge gewähren könnte. Die erste derselben ist die sächs. Lehrerwittwenkasse, welche bei einer jährlichen Einzahlung

von 1—4 oder von 8 Thlr. eine Wittwenpension von 30 Thlr. und resp. 60 Thlr. gewähre Allerdings ist das Verhältniss richtig, allein die Höhe der Pensionen erklärt sich daraus, dass der Staat (denn diese Kasse ist eine Staatsanstalt) bei Gründung derselben ihr erstens einen Stammfond zuwies, dessen Zinsen mit zur Zahlung der Pensionen verwendet werden, und zweitens, da auch diese sammt den Beiträgen zur Bezahlung so hoher Pensionen nicht ausreichen, eine Unterstützung der Kasse aus Staatsmitteln von jährlich dreitausend Thalern auf dem Budget figurirt. Da unserer Kasse eine so bedeutende Unterstützung abgeht, so wird es auch erklärlich, warum sie so hohe Pensionen nicht gewähren kann.

Die zweite Anstalt, welche erwähnt wurde, ist die Oberlausitzer Priester- und Schullehrer-Wittwen- und Waisensocietät. Dieselbe lässt sich von den Mitgliedern keine jährlichen Beiträge zahlen, sondern fordert beim Eintritt, ausser einem Eintrittsgelde von 6 Thlr. und einem sogenannten Begräbnissbeitrag von 5 Thlr., die einmalige Zahlung einer Summe, welche nach dem Alter des Eintretenden verschieden ist und zwischen 100 und 150 Thlr. schwankt. Dafür gewährt sie 1) beim Tode des Mitglieds ein Begräbnissgeld von

50 Thlr., 2) eine Wittwenpension von jährl. 60 Thlr., 3) beim Tode der Wittwe ein Begräbnissgeld von 30 Thlr., und sind dann noch unmündige Kinder übrig, so erhalten diese 4) die Pension der Mutter fort, bis sie sämmtlich das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Allerdings muss die bedeutende Leistung dieser Kasse Erstaunen erregen, doch wird sie erklärlich, wenn man auf die Geschichte der Anstalt eingeht. Sie besteht seit dem Jahre 1708, also bereits 144 Jahre, und die Bestimmung war anfangs so getroffen worden, dass die Pension nur 30 Thlr. und das Begräbnissgeld des Mitglieds auch nur 30 Thlr. betragen sollte, bei dem Tode der Wittwe aber kein Begräbnissgeld gegeben wurde. Unerachtet die Kapitalien damals eines Zinsfusses von 6 $\frac{0}{0}$ genossen, war aber die Kasse doch schon nach 14 Jahren ihres Bestehens nicht mehr im Stande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und da man das angesammelte Kapital selbst nicht angreifen durfte, so mussten die Pensionen bedeutend (zeitweise bis auf 10 und 6 Thlr.) herabgesetzt werden, worauf auch die Mitgliederzahl nach und nach von 80 auf 16 fiel. Da hierdurch weiterhin auch die Zahl der Wittwen allmählig vermindert wurde, so konnte die Kasse wieder so weit wachsen, dass sie im Jahre 1764 zu der ursprünglichen Höhe der Pensionen

zurückkehren konnte. Bei fortwährender Kapitalszunahme wurden dann auch bald die Pensionen erhöht, 1811 auf 50 Thlr., 1841 auf 60 Thlr., und gegenwärtig ist im Werke, sie bis auf 70 Thlr. zu steigern. Wie rasch das Kapital jetzt wächst, ergiebt sich daraus, dass 1834 dasselbe 46,000 Thlr. betrug, gegenwärtig 104,000 Thlr., ohne dass ihm Legate oder Schenkungen zugeflossen wären. Die Zahl der Mitglieder ist festgesetzt, im Jahre 1764 auf 60, später auf 80, jetzt auf 100, und dabei sind augenblicklich noch 63 Expectanten vorhanden. Bei Beurtheilung der Höhe der Leistung ist übrigens auch nicht ausser Acht zu lassen, dass diese Gesellschaft wesentlich von Geistlichen gebildet wird, deren durchschnittliche Lebensdauer 70 Jahre beträgt, und die daher von ihren Wittwen auch nicht lange überlebt werden, so wie sie auch nur wenig sehr junge Kinder hinterlassen werden. Bei den Aerzten giebt *Casper* die durchschnittliche Lebensdauer zu 45 Jahren an, ihre Wittwen beziehen daher auch viel längere Zeit hindurch die Pension, und daher könnte dieselbe auch nicht so bedeutend sein, wenn jene Kasse für Aerzte gestiftet worden wäre.

Sowie es sich nun einerseits erwarten lässt, dass unsre Anstalt bei der Trennung des Pensionsfonds vom Sparfond, und der Vorsicht in Anstellung der

Berechnungen mit einer so [lange anhaltenden und den Wittwen so nachtheiligen Krise verschont bleiben wird, so können wir auch andererseits beim steten Wachsen des Sparfonds gewärtig sein, dass auch unsere Pensionen sich späterhin einer langsamen Steigerung zu erfreuen haben werden.

So wollen wir denn getrost unsre Anstalt der Gunst der Zeiten anvertrauen, mag ihr nun ein rascher Zuwachs an Mitgliedern werden oder nicht. So wünschenswerth ein solcher auch ist, weil dann am wenigsten eine Ueberschreitung der Todesfälle über die Mittelzahl zu erwarten steht, welche den Berechnungen zu Grunde gelegt worden ist, so wird doch die Kasse bei nur gleichbleibender Mitgliederzahl nicht gefährdet. Um aber jenen wünschenswerthen Zuwachs zu erreichen, wirke Jeder in seinem Kreise. Denn so wenig es dem Arzte ziemt und nützt, sich selbst zu empfehlen, wohl aber, wenn es seine Klienten thun, ebensowenig wird das Publikum durch stete Anpreisung der Kasse von Seiten des Vorstandes angezogen werden, dagegen die einzelnen Mitglieder durch Darlegung der Vortheile unsrer Kasse die Lust zum Beitritt wirksamer machen.

Wir, Friedrich August,
von Gottes Gnaden König von Sachsen ic. ic.

thun hiermit kund, daß Wir auf Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von einem Vereine sächsischer Aerzte, unternommene Begründung einer Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Herzog- und Fürstenthümer genehmigt und den für diese Wittwenkasse errichteten Statuten Unsere Bestätigung ertheilt, auch der gedachten Anstalt die in §. 45 der Statuten enthaltene Rechtsvergünstigung in der Maasse,

daß die an die Wittwen verstorbener Vereinsmitglieder in Gemäßheit der Statuten zu zahlenden Jahresgelder keiner Verkümmernng unterworfen werden können,
verliehen haben.

Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges

Bestätigungsdekret

ausgefertigt und von Uns eigenhändig unter Beifügung Unseres Königlichen Siegels vollzogen worden.

Dresden, den 13. October 1852.

(L. S.)

Friedrich August.

Dekret

wegen Bestätigung der Statuten der Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte u. Apotheker im Königreiche Sachsen und den angrenzenden Herzog- und Fürstenthümern.

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Friedr. Ferdin. Freiherr v. Beust

I. Bestimmung der Kasse, Eigenschaften der Mitglieder und Bedingungen ihrer Aufnahme.

§. 1.

Diese Kasse ist bestimmt, den nachgelassenen Wittwen der Civil- und Militär-Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker im Königreiche Sachsen und den angrenzenden Herzog- und Fürstenthümern durch deren regelmässige Einsteuerung eine jährliche Pension zu verschaffen.

§. 2.

Wer als Mitglied aufgenommen werden will, muss nachweisen:

a) dass er einer der §. 1. gedachten Kategorien angehört,

b) dass er an keiner Krankheit leidet, welche einen baldigen Tod erwarten lässt. — Diesen Nachweis führt er durch seine eigne pflichtmässige an Eidesstatt abzugebende schriftliche Erklärung und durch die Zeugnisse zweier von Staatswegen zu Behandlung innerer und äusserer Krankheiten befähigter Aerzte, wo möglich Mitglieder der Gesellschaft, und

c) dass er endlich seinen und, wenn er bereits verheirathet ist, seiner Frau Geburtsschein oder Taufzeugniss beibringt.

Jedem Beitrittslustigen wird zu Abgabe seiner Erklärung ein gedrucktes, von ihm gehörig zu vollziehendes Formular zugestellt.

§. 3.

Jeder kann mit mehreren, höchstens aber mit 5 Antheilen zur Kasse treten, wodurch die Pension der Wittve in demselben Verhältnisse vergrößert wird. Er erhält dadurch die Rechte von so viel Personen, als er Antheile genommen hat. Will Jemand später seine Antheile vermehren oder vermindern, so kann solches unter Beobachtung der §. 2 sub b., §. 9 flg. u. §. 41 getroffenen Bestimmungen geschehen.

§. 4.

Die Anmeldung erfolgt beim Direktorium (§. 50) oder beim Buchhalter (§. 58) unter Beifügung der §. 2 gedachten Papiere und Bezeichnung der zu nehmenden Antheile. Werden die ersteren genügend befunden, so empfängt der Aufzunehmende durch den Buchhalter den ihn zur Befolgung der Gesellschafts-Statuten verpflichtenden Beitrittsschein nebst der Weisung, was er an Eintrittsgeld (§. 8) und Jahresbeitrag (§. 9) zu zahlen habe. Diesen Beitrittsschein muss er unterzeichnen und unter Beilegung der einzuzahlenden Gelder an den Buchhalter zurücksenden, welcher ihn in die Namenliste unter fortlaufender Nummer einträgt und ihm den mit die-

ser Nummer und dem Gesellschaftssiegel, von zwei Vorstehern und dem Buchhalter unterschriebenen Aufnahmeschein sendet, auf welchem die Zahl der genommenen Antheile und die eingezahlte Summe genau bemerkt ist. Durch diesen Aufnahmeschein wird sein Beitritt beglaubigt; sein Anspruch auf die Rechte eines Mitglieds aber schon durch die erfolgte vollständige Einzahlung des Eintrittsgeldes und eines vollen Jahresbeitrages gesichert.

II. Mittel zur Begründung der Kasse, Eintrittsgelder und jährliche Beiträge. Kassenvermögen.

§. 5.

Aus den zu dem §. 1 gedachten Zwecke eingegangenen Geldern wird ein Sparfond und eine Pensionskasse gebildet.

§. 6.

Der Sparfond wird zusammengebracht und vermehrt:

a) durch freiwillige Beiträge der sich für die Begründung einer Wittwenkasse interessirenden Personen,

b) durch $\frac{3}{4}$ aller Vermächtnisse, Schenkungen u. s. w., wenn nicht der Wille der Geber eine andere Verwendung bedingt,

c) durch $\frac{1}{4}$ der Eintrittsgelder (§. 8),

d) durch $\frac{1}{4}$ der regelmässigen Jahresbeiträge (§. 9),

e) durch $\frac{1}{4}$ aller Interessen des Sparfonds,

f) durch $\frac{1}{4}$ aller eingehenden Straf gelder.

§. 7.

Der Sparfond darf niemals angegriffen und zu Pensionen oder andern Ausgaben verwendet werden.

§. 8.

Das Eintrittsgeld beträgt Vier Thaler auf jeden Antheil.

§. 9.

Die jährliche Beisteuer für jeden Antheil wird nach dem Alter, in welchem der Eintretende (und resp. die Frau desselben) am 31. Dec. des verflossenen Jahres gestanden hat, u. zwar so festgesetzt, dass für jeden Antheil, ausschliesslich des Eintrittsgeldes, 160 Thlr. bezahlt worden sind, wenn das Mitglied entweder wirklich, oder in Folge der Altersdifferenz zwischen ihm und seiner Frau (§. 11 u. 12) das 70. Jahr erreicht hat.

Daraus ergiebt sich folgende Scala für die jährliche Beisteuer:

Jahre.	Thaler.	Ngr.
20	3	6
21	3	8
22	3	10
23	3	13
24	3	15
25	3	17
26	3	20
27	3	22
28	3	25
29	3	28
30	4	—

Jahre.	Thaler.	Ngr.
31	4	4
32	4	7
33	4	10
34	4	14
35	4	18
36	4	22
37	4	26
38	5	—
39	5	5
40	5	10
41	5	16
42	5	22
43	5	28
44	6	5
45	6	12
46	6	20
47	6	29
48	7	9
49	7	19
50	8	—
51	8	13
52	8	27
53	9	13
54	10	—
55	10	20
56	11	13
57	12	10
58	13	10
59	14	17
60	16	—
61	17	24
62	20	—
63	22	26
64	26	20
65	32	—

Jahre.	Thaler.	Ngr.
66	40	—
67	53	10
68	80	—
69	160	—

§. 10.

Vom erreichten 70. Jahre an sind für jeden Antheil jährlich 4 Thaler zu zahlen.

§. 11.

Es wird angenommen, dass die Frau 6 Jahre jünger sein darf als der Mann. Beträgt die Altersdifferenz zwischen Mann und Frau mehr als 6 Jahre, so werden so viele Jahre, als die Frau über 6 Jahre jünger ist, dem Alter des Mannes bei Berechnung der Bezahlung zugezählt.

War der Mann also beim Eintritte 40 Jahre, die Frau aber 34—40 Jahre, so bezahlt der Mann wie die Tabelle angiebt, 5 Thlr. 10 Ngr. Wenn indessen der Mann 40, die Frau aber 30 Jahre ist, so werden Ersterem 4 Jahre zugezählt, er hat also dann jährlich 6 Thlr. 5 Ngr. zu zahlen.

§. 12.

Wäre die Frau älter als der Mann, so kommt diese Altersdifferenz dem Manne zu Gute. Ist z. B. der Mann 36 Jahre und die Frau 38, so wird seine jährliche Beisteuer so bestimmt, als wenn er nur 34 Jahre wäre.

§. 13.

Beträgt die Altersdifferenz zwischen Mann und Frau so viel, dass das Alter des Mannes zu 69 Jah-

ren oder höher berechnet werden müsste, so würde der Mann als Eintrittsgeld zu bezahlen haben die höchste Summe, also 160 Thlr., und ausserdem noch soviel mal vier Thaler, als die Höhe seines Alters 69 Jahre übersteigt; von da an bezahlt er jährlich nur 4 Thlr., z. B. wenn der Mann 60 Jahre u. seine Frau 40 Jahre ist, so wird der Ueberschuss der erlaubten Altersdifferenz, also 14 Jahre, dem Alter des Mannes zugerechnet, und er wird also für jeden Antheil auf einmal so viel einzusteuern haben, als wenn er nach und nach 74 Jahre lang beigesteuert hätte. Für das Alter von 69 Jahren also 160 Thlr., für die darauf folgenden 5 Jahre in Summa 20 Thlr., folglich im Ganzen 180 Thlr., von da ab jährlich nur 4 Thlr.

§. 14.

Wer das 70. Jahr ohne Rücksicht auf die Altersdifferenz der Frau (§. 11) erreicht hat, wird nicht mehr aufgenommen.

§. 15.

Wer unverheirathet ist, kann gleichfalls beitreten; verheirathet er sich später, so wird zu seiner bisherigen jährlichen Beisteuer soviel hinzuge-rechnet, als die Altersdifferenz der Frau die gestatteten 6 Jahre übersteigt, z. B. wenn ein Unverheiratheter im 30. Jahre beigetreten ist und jährlich 4 Thlr. bezahlt hat, im 40. Jahre aber eine Frau von 26 Jahren heirathet, so ist er 14 Jahre älter und muss nun von der Zeit der Verehelichung an

soviel zahlen, als wäre er in dem Alter von 38 Jahren eingetreten, folglich jährlich 5 Thlr.

§. 16.

Ist die Frau aber älter, so werden für die Berechnung der künftigen Einzahlungen so viel Jahre als dieser Unterschied beträgt, von dem Alter, welches er beim Eintritt in die Gesellschaft hatte, abgezogen. Wäre er also mit dem 40. Jahre eingetreten, so hätte er bisher 5 Thlr. 10 Ngr. jährlich bezahlt, heirathet er nun eine Frau von 46 Jahren, so bezahlt er von seiner Verehelichung an, nur so viel, als wenn er mit dem 34. Jahre beigetreten wäre, also jährlich 4 Thlr. 14 Ngr.

§. 17.

Der Eintritt steht zu jeder Zeit frei.

§. 18.

Jeder Jahresbeitrag muss allemal in den letzten Tagen des Monats December pränumerando auf das folgende Jahr eingezahlt werden, so dass er spätestens am 1. Januar des laufenden Jahres in den Händen des Buchhalters ist. Nur denen, welche grössere Beiträge als 10 Thlr. zu zahlen haben, wird auf besonderes Ansuchen gestattet, diesen Beitrag in zwei gleichen Hälften spätestens den 1. Januar und 1. Juli einzuzahlen. Es versteht sich übrigens von selbst, dass, wenn ein Mitglied, welches seine Beisteuer in zwei Terminen entrichtet, stirbt, ehe es die zweite Hälfte eingezahlt hat, diese zweite Hälfte nachträglich bezahlt werden muss, oder von der Pension der Wittve abgezogen wird.

§. 19.

Ein Säumiger hat für jeden am 1. Januar (bezüglich am 1. Juli) noch nicht bezahlten vollen Thaler, 1 Ngr. Strafe auf jede volle Woche zu entrichten. Zahlt der Restant, welchen der Buchhalter binnen 14 Tagen unter Androhung der Ausschliessung zu erinnern hat, den Rückstand nebst der Strafe bis zum 1. April (bezügl. 1. Okt.) desselben Jahres, so bleibt er Mitglied. Erfolgt aber bis dahin die Zahlung „des Beitrages und der Strafe“ des Restanten nicht und hat auch indessen keine andere Person, namentlich nicht die Gattin desselben (§. 20), welcher längstens im Februar (August) durch den Buchhalter von des Ehemanns Säumniss und drohender Ausschliessung Nachricht zu geben ist, die Einzahlung bewirkt, so wird er zwar nunmehr mit Einzahlung des Jahresbeitrags und der verwirkten Strafe verschont, jedoch mit dem 1. April (1. Okt.) ohne Weiteres ausgeschlossen und aller Theilnahme an der Gesellschaft, seine Gattin aber aller Rechte auf Pension verlustig, welche Ausschliessung beiden von dem Direktorium bekannt zu machen ist. Will ein Ausgeschlossener die Mitgliedschaft aufs Neue erwerben, so hat er sich den Bedingungen, die jedes neu eintretende Mitglied zu erfüllen hat, zu unterwerfen.

§. 20.

Wenn ein Mitglied mit den Beiträgen zurückbleibt (§. 19), oder die Einsteuerung aus irgend einem Grunde verweigert (z. B. wegen Eheschei-

ung (§. 32), oder letztere nicht mehr zu leisten vermag (§. 41), so kann jede dritte sich dazu verpflichtende Person oder auch die Frau selbst in dessen Namen steuern, und letztere geniesst, wenn dies bis zu des Ehemanns Tode geschieht, dieselben Rechte, als wenn er selbst gesteuert hätte, und leiden auch auf diese Einsteuerungen die §. 18 u. 19 getroffenen Bestimmungen Anwendung.

III. Pensionskasse. Wittwengehalte.

Austrittsgelder.

§. 21.

Es wird eine besondere *Pensionskasse* gebildet, welche bestimmt ist, die jährlichen oder ausserordentlichen Unterstützungen für die Wittwen und ausserdem die etwaigen Rückzahlungen zu gewähren und die nothwendigen Unkosten zu bestreiten.

§. 22.

Diese Kasse wird gebildet und unterhalten:

- a) durch $\frac{3}{4}$ aller Eintrittsgelder,
- b) durch $\frac{3}{4}$ aller regelmässigen Beisteuern,
- c) durch $\frac{3}{4}$ aller eingegangenen Interessen des Sparfonds,
- d) durch $\frac{3}{4}$ der eingegangenen Straf gelder,
- e) durch $\frac{1}{4}$ der durch Geschenke und Vermächtnisse eingegangenen Gelder, falls nicht eine bestimmte Vorschrift eine andere Verwendung gebietet,

f) durch die bei der letzten Vertheilung der Pensionen übrig gebliebenen Thalerbruchtheile,

g) durch die ungetheilten Interessen des Pensionsfonds.

§. 23.

Damit nun zu Anfange, wo verhältnissmässig wenige Wittwen vorhanden sind, diese nicht eine ungleich höhere Summe, als die späteren erhalten, wird jeder Wittwe auf jeden ersteuerten Antheil eine Jahrespension von 18 Thlr. gewährt, der übrige für diesmal nicht vertheilte Kassenbestand bildet aber den Transport für das nächste Jahr. (Vrgl. jedoch §. 25.)

§. 24.

Mit den Pensionen wird erst dann vorsichtig gestiegen, wenn die Berechnungen mit Wahrscheinlichkeit nachweisen, dass man späterhin mit denselben nicht zu sinken braucht.

§. 25.

Sollte aber dennoch ein oder mehrere Jahre die Pensionskasse nicht ausreichen, um die Höhe der bisher geleisteten Pensionen beizubehalten, so wird das vorhandene Geld unter die Wittwen auf jeden Antheil nach ganzen Thalern gleich vertheilt, die überschüssenden Thalerbruchtheile aber zur nächsten Vertheilung gezogen. Es müssen sich die Wittwen dann mit der geringern Pension zufrieden stellen, bis der Zustand der Pensions-Kasse höhere Pensionen gestattet.

§. 26.

Mit der Steigerung der Pensionen wird so lange fortgefahren, bis eine jede Pension die Höhe von 100 Thaler für einen Antheil erreicht hat.

Diese Summe wird nicht überschritten.

§. 27.

Von diesem Zeitpunkte an beginnt eine Unterstützung zum Begräbniss des Mannes sogleich nach dessen Tode, deren grösste Höhe ohne Berücksichtigung der von dem Verstorbenen gesteuerten Antheile vorläufig auf 40 Thaler festgesetzt wird.

§. 28.

Gestattet die Kasse noch weitere Anstrengungen, so werden die unmündigen Kinder und Waisen, und wenn auch diesem Genüge geleistet ist, verdienstunfähige Kollegen unterstützt.

Der Maassstab, nach welchem dann verfahren werden soll, bleibt künftigen Zeiten aufgespart.

§. 29.

Der Anspruch auf Pension beginnt mit dem Monat, welcher zunächst auf den Sterbemonat folgt. Da aber die Abrechnung in der Pensionskasse erst nach dem Jahresschluss erfolgt, so wird die Pension erst im Januar oder Februar des nächstfolgenden Jahres ausgezahlt.

§. 30.

Ebenso wie der Tod des Mannes durch einen Todtenschein, den auch ein Arzt ausstellen kann, und im Zweifelsfalle auf Verlangen des Direktoriums auch die Todesursache zu bescheinigen ist, so muss

auf der Quittung der Pensionsempfängerin in der Regel ein genügendes Zeugniß des Lebens, Ledigseins und des Aufenthaltsorts derselben beigelegt sein.

§. 31.

Die Pension hört mit dem Ende desjenigen Monats auf, in welchem die Wittwe stirbt, heirathet oder ausserhalb der deutschen Bundesstaaten auswandert, worüber an den Buchhalter glaubwürdige Meldung gelangen muss.

§. 32.

Ehescheidung an sich hebt das Recht der geschiedenen Frau auf Pension nicht auf, falls der geschiedene Mann, oder die Frau selbst oder eine dritte Person bis zum Tode des Mannes die Jahresbeiträge gehörig fortsteuert. Zu Abgabe der nöthigen Erklärung wird dem Ehegatten eine angemessene Frist gestattet, wo diese Angelegenheit geordnet und der Beitrag aufs laufende Jahr (ganz oder zur Hälfte vgl. §. 18) nebst Verzugszinsen eingezahlt sein muss.

§. 33.

Wird die Fortsteuerung von keinem Theile beliebt, so wird der geschiedene Mann als ausgetreten angesehen und muss, falls er etwa behufs einer zweiten Verheirathung der Anstalt wieder beitreten will, sich ganz von Neuem nach den bestimmten Alterssätzen und sonst nach Vorschrift der Statuten einkaufen.

§. 34.

Der Selbstmord des Mannes schliesst die Wittwe von der Pension nicht aus.

§. 35.

Ergäbe sich nach dem Tode des Mannes, dass in den §. 2 erwähnten Declarationen und deren Beilagen erweislich falsche, auf Täuschung der Gesellschaft berechnete Angaben enthalten sind, welche, wenn sie bei der Anmeldung als unrichtig erkannt worden wären, die Zurückweisung des Beitrittslustigen zur Folge gehabt hätten, so hat die Wittwe keinen Anspruch auf Pension, es wird aber der etwa schon bezahlte Beitrag auf das laufende Jahr zurückgegeben. Wird aber die Unwahrheit der in den Declarationen gemachten Angaben und die erweisliche Absicht des Declaranten, die Gesellschaft zu täuschen, bei jenes Leben entdeckt, so ist er aller Ansprüche an die Gesellschaft verlustig.

§. 36.

Verliert ein Theilnehmer die Gattin durch den Tod, den er beim Buchhalter unter Beifügung eines Todtenscheins sogleich anzuzeigen hat, so steht es ihm frei, aus der Gesellschaft zu treten, und er erhält, wenn er dies erklärt, den dritten Theil des Antritts- u. der Jahresgelder (nicht aber auch die etwa gezahlten Verzugszinsen u. Straf gelder) zurück. Doch kann ihm zu Abgabe der Erklärung, falls er nur inmittelst gehörig fortsteuert, ein Jahr und nach Befinden noch länger Frist gegeben werden. Giebt er aber binnen dieser Frist keine Erklärung ab, oder stirbt er vorher, ohne sich

zu erklären, so wird er für ausgetreten angesehen, was ihm, falls er noch lebt, das Direktorium bekannt zu machen hat, und er ist dann aller Rechte auf das ihm sonst gebührende Austrittsgeld verlustig.

§. 37.

Heirathet er nach seinem Austritte wieder und wünscht dann der Gesellschaft auf's Neue beizutreten, so wird er in allen Beziehungen als ein neues Mitglied behandelt.

§. 38

Bleibt er aber Mitglied und heirathet nach ununterbrochener Fortsteuerung wieder, so kommt der zweiten Frau die für die erste ersteuerte Pension zu Gute. Die Regulirung der nunmehrigen Jahresbeiträge erfolgt nach Maassgabe des Altersunterschiedes zwischen ihm und der zweiten Frau, unter Zugrundelegung der §. 11 u. flg. getroffenen Bestimmungen.

§, 39.

Sollte ein Mitglied in der Heimath, auf einer Reise oder während eines Feldzugs vermisst werden, ohne dass der nöthige Todtenschein herbeigeschafft werden könnte, so wird dasselbe, wenn die hinterlassene Gattin genügend und da nöthig, eidlich versichert, dass sie aller angewandten Mühe ungeachtet von des Mannes Aufenthalt nichts erfahren habe, nach Verfluss von zwei Jahren nach dem Eintreffen der letzten Nachricht von ihm durch den Ausspruch des Direktorium der Gesellschaft gegen-

über für todt erachtet. Von diesem Zeitpunkte an erhält die Frau, unter der Voraussetzung, dass bis dahin die jährlichen Einsteuerungen gehörig erfolgt oder mit Verzugszinsen nachgezahlt worden sind, die ersteuerte Pension. Kehrt der Vermisste später zurück, so hat er die der Frau gewährte Pension zurück- und die Jahresbeiträge, beides mit Verzugszinsen nachzuzahlen, und die frühere Todeserklärung wird aufgehoben. Wäre hierzu aber, namentlich wegen Unvermögens oder sonstiger grossen Schwierigkeiten nicht zu gelangen, so bewendet es im Falle bescheinigter Armuth der Frau bei der Pensionirung, vorbehältlich der Ansprüche der Gesellschaft an das Vermögen oder die künftige Erbschaft des Mitglieds hinsichtlich der Einzahlung der restirenden Beiträge und der der Frau zu zeitig gewährten Pension.

§. 40.

Wenn ein Theilnehmer so unvermögend wird, dass er seine Beiträge nicht entrichten kann, oder wenn er in Geisteskrankheit verfällt, und in Folge davon die Beiträge nicht entrichtet, auch in dem einen, wie in dem andern Falle sich keine andere Person zur Fortsteuer für ihn verpflichtet, so können einem solchen Theilnehmer nach dem Ermessen des Direktorium die Beiträge einige Jahre lang gestundet und von dem §. 19 gegen die Restanten vorgeschriebenen Verfahren temporär abgesehen werden. Wird vor oder nach seinem Tode der volle Restbetrag mit Verzugszinsen nachgezahlt, so tritt

die Frau in ihre vollen Pensionsrechte ein; erfolgt aber eine solche Nachzahlung nicht, so sind die geleisteten Jahresbeiträge für verfallen anzusehen, der Wittwe können jedoch bei bescheinigter grosser Armuth nach dem Ermessen des Direktorium von Zeit zu Zeit ausserordentliche Unterstützungen verwilligt werden, welche aber zusammen den Betrag der wirklich eingesteuerten Jahresgelder nicht übersteigen dürfen.

§. 41.

Ist ein Mitglied nicht im Stande, alle gezeichneten Antheile fortzusteuern, oder sieht es sich durch gewichtige Gründe (Ehescheidung) dazu veranlasst, so ist ihm gestattet, für eine geringere Zahl von Antheilen, die Beiträge fortzuleisten. Das Eintrittsgeld für die erlöschenden Antheile bleibt der Kasse verfallen, die für dieselben bereits gezahlten Beiträge aber werden auf die behaltenen Antheile zu Gute gerechnet. Sollte ein solches Mitglied wieder für alle ursprünglich gezeichneten Antheile einzusteuern wünschen, so hat es für die erloschenen alle Beiträge von seinem Eintritte in die Gesellschaft an, nach der ursprünglich angesetzten Höhe nebst Verzugszinsen nachzuzahlen, jedoch mit Abzug der für die erloschenen Antheile schon früher gezahlten, für die fortgesteuerten, aber noch nicht in Abzug gebrachten Beiträge. Die Wittwe (oder Geschiedene) erhält dadurch das Recht auf Pension für alle ursprünglich gezeichneten Antheile. Stirbt der Mann, bevor die eingezahlten Gelder aufgebraucht sind, so hat die Wittwe oder Geschiedene, welche ausserdem nur für

Stellen

Wittweinkasse

Ärzte, Wundärzte, Thierärzte
und Apotheker



angehörigen Herzog - und Fürstenthum

durch öffentliche Versteigerung am 13. October 1852

Vorwort. *)

So lange auch schon Lebensversicherungsanstalten und Wittwenkassen bestehen, so ist doch die Bekanntschaft mit dem Wesen und der Einrichtung derselben im Allgemeinen weit weniger verbreitet, als man erwarten sollte. Meistens, findet man, werden Erwartungen von ihnen gehegt, die weit über alles Maass hinausgehen, fast als wären sie Lotterien, wo man auf jeden Einsatz einen grossen Gewinn machen müsse. Diese Ansprüche werden aber auf

*) In der am 9. Sept. 1852 zu Budissin abgehaltenen 3. Generalversammlung wurde der Beschluss gefasst, den nach Bestätigung durch die hohe Staatsregierung neu zu druckenden Statuten eine Darlegung der Vortheile vorzuschicken, welche Wittwenkassen im Allgemeinen, und die unsrige im Besondern, vor Lebensversicherungs-Anstalten besitzen. Das Ausschussmitglied Herr Dr. Reinhard zu Budissin hat sich auf unser Ersuchen dieser Aufgabe mit höchst anerkennungswerther Bereitwilligkeit unterzogen und hoffen wir, dass seine eben so klare, als gründliche Darstellung zur richtigen Auffassung des Verhältnisses unserer Gesellschaft wesentlich beitragen werde.

Das Direktorium.

das wahre Verhältniss herabgehen, wenn wir uns das Wesen derartiger Anstalten klar machen. Wir haben sie hierbei aus einem doppelten Gesichtspunkte zu betrachten, erstens als Sparkassen, wo wir kleine Ersparnisse (die jährlich einzuzahlenden Prämien) niederlegen und durch Anhäufung von Zins auf Zins wachsen lassen können, dabei aber die Nöthigung haben, die Ersparnisse regelmässig und pünktlich einlegen zu müssen, ohne dieselben angreifen zu können. Zweitens aber sollen dieselben auch dazu dienen, die Nachtheile, welche ein früher Tod des Versicherten für seine Hinterlassenen hat, dadurch auszugleichen, dass seinem Ersparten von dem der lange Lebenden soviel zugelegt wird, bis es die gleiche Höhe hat, als wenn er die mittlere Lebensdauer erreicht hätte. Offenbar haben daher die lange Lebenden in solchen Kassen keinen Gewinn, sondern im Gegentheil einigen Verlust zu erleiden, da sie die früh Verstorbenen mit zu übertragen haben. Aber das Risiko dieses Verlustes wird man gern beim Eintritt in eine Anstalt übernehmen, da man dadurch die Sicherheit gewinnt, seine Hinterlassenen versorgt zu haben, auch wenn man gegen Erwarten frühzeitig stirbt. *)

*) Bei der Dresdner ärztlichen Wittwenpflegschaft ist diese Sicherheit weggefallen, die Wittwe erhält nur im Ver-

Die eingelegten Ersparnisse können dann nach dem Tode des Versicherten entweder als eine jährliche Rente an eine vorher bestimmte Person, z. B. die Wittwe, zurückgezahlt werden, wenn sie dann noch lebt, und so lange sie lebt, und das leisten die Wittwenkassen; — oder sie werden auf einmal ausgezahlt, und das ist die gewöhnliche Versicherungsweise bei den Lebensversicherungsanstalten.

Allerdings giebt es jetzt auch mehrere Lebensversicherungsbanken, welche eine gleiche Versicherungsweise zulassen, wie sie bei den Wittwenkassen gebräuchlich ist, wie z. B. die Londoner „Lebensvers.-Bank für Gesunde u. Kranke“ (Medical invalid and general life assurance society) und die „Allgem. deutsche Lebensvers.-Gesellschaft in Lübeck.“ Man könnte daher wohl die Frage aufwerfen, wozu noch Wittwenkassen für einzelne Klassen der Bevölkerung gegründet würden, da dem Bedürfniss durch jene Anstalten schon abgeholfen werde.

Auf die Beantwortung der Fragen, ob man ein-

hältnisse der von ihrem Manne eingezahlten Beiträge, und daher, wenn er bald nach dem Eintritt stirbt, auch nur eine ganz geringe Pension. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum sie im Ganzen von Seiten des ärztlichen Publikums wenig Theilnahme gefunden hat.

fache Lebensversicherung mit Kapitalzahlung od. Wittwenpension wählen solle, ob letztere bei einer Lebensvers.-Bank oder einer Wittwenkasse zu suchen sei, genauer einzugehen, dürfte nicht unzweckmässig sein.

Will Jemand sein Leben versichern, so muss er zunächst wissen, wieviel er jährlich von seinen Einnahmen zurücklegen kann, um für die Zukunft der Seinigen zu sorgen, und dann hat er sich darüber zu entscheiden welchen Zweck er erreichen will, und wie er ihn auf die vortheilhafteste Weise erreichen kann. Will er, dass die Seinigen nach seinem Tode ein Kapital in die Hände bekommen, das sie vielleicht zu Anlegung eines Geschäfts, zur Bestreitung der Kosten der Ausbildung, zur Ausstattung u. s. w. verwenden sollen, so wird er einer Lebensversicherungsgesellschaft beitreten und sich mit der Summe versichern, welche seinen Jahren und seiner Beitragsfähigkeit entspricht. So wird es meistens am zweckmässigsten sein, wenn er Kinder hat und erwartet, dass sie ihn überleben werden. — Hat er dagegen eine Frau, die eines Kapitals weniger bedarf, als regelmässiger Einkünfte während ihrer Wittwenzeit, so wird er ihr den grösstmöglichen Vortheil zuwenden, wenn er ihr eine jährliche Rente erwirbt, die bis an ihr Lebensende dauert. Eine solche Rente ist natürlich beträchtlich höher, als die

Zinsen eines Kapitals sein könnten, welches er als Versicherungssumme für seine eingezahlten Beiträge erhält. Am besten wird er ihr diese Rente oder Pension durch Eintritt in eine Wittwenkasse verschaffen. — Will Jemand beide Zwecke vereinigen, so hat er natürlich auch beide Wege einzuschlagen und seine jährlichen Ersparnisse so zu theilen, dass er den einen Theil für die zu zahlende Versicherungssumme, den andern für die Rente verwendet.

Es wurde nun zwar oben gesagt, dass mehrere Lebensversicherungsanstalten ihre Einrichtungen auch so getroffen hätten, dass sie als Wittwenkassen benutzt werden können, und dass daher die Errichtung neuer Wittwenkassen für besondere Kreise der Bevölkerung unnöthig erscheine; doch ist das nicht der Fall, da die letzteren bei zweckmässiger Einrichtung immer mehr zu leisten im Stande sind, als die Lebensversicherungsbanken. Es beruht theils auf dem bedeutenden Verwaltungsaufwande, der mit diesen Banken verbunden ist, theils auf dem Gewinnantheil, welchen die Actionäre für ihre als Reservefond eingelegten Kapitalien zu verlangen berechtigt sind, und welcher daher die auszuzahlenden Renten und Versicherungssummen schmälert. Zwar giebt es, namentlich auch in Deutschland, mehrere Anstalten, welche auf Gegenseitigkeit begründet sind

und wo daher die Auszahlung von Gewinnantheilen an Actionäre wegfällt, doch bleibt das Erstere, der bedeutende Verwaltungsaufwand, immer bestehen. *) Wie beträchtlich derselbe ist, zeigt z. B. die im besten Rufe stehende Gothaer Lebensversicherungsbank, wo die Gehalte, Tantiemen, Provisionen der Direktoren, Ausschussmitglieder, Aerzte, Revisoren, Agenten, Bureaubeamten, die Porto-, Copialien-, Gerichtskosten u. s. w., eine Summe von fast 50,000 Thlrn. jährlich in Anspruch nehmen. Bei den Wittwenkassen, die nur für gewisse Stände und kleine Bezirke gegründet sind, ist dagegen der Verwaltungsaufwand sehr unbedeutend, da in der Regel die Direktionsgeschäfte unentgeltlich von Mitgliedern versehen werden, und nur etwa der Kassensführer eine geringe Remuneration erhält; wie denn z. B. unsere ärztliche Wittwenkasse im Jahre 18 $\frac{50}{31}$ 66 Thlr. 13 Ngr., und im Jahre 18 $\frac{51}{32}$ 48 Thlr. 5 Ngr. 3 Pf. Aufwand erfordert hat.

*) Alle Lebensversicherungs-Gesellschaften haben übrigens eine rein pecuniäre Tendenz, indem bei allen Unternehmer und Versicherte möglichst viel Geldvorthelle zu erlangen suchen. Eine Wittwenkasse hingegen ist als eine *Pia causa* zu betrachten, und hat zum Hauptzweck die Unterstützung Hilfsbedürftiger. Es darf daher bei letztern auf eine Vermehrung des Fonds durch Geschenke und Vermächtnisse gehofft werden, was bei ersteren wohl kaum je der Fall sein dürfte.

Das Direktorium.

Dass Wittwenkassen, und, was hier besonders in Betracht kommt, die der sächsischen Aerzte, mehr gewähren, als die nach demselben Princip geordneten Lebensversicherungsbanken, ergiebt sehr einfach eine Vergleichung beider in bestimmten Fällen. Nehmen wir z. B. an, ein Mann sei beim Eintritt in die Wittwenkasse oder die Versicherungsgesellschaft 35 Jahr, und seine Frau 30 Jahr alt, ein Fall, der wohl ein sehr häufiger sein wird. Sein jährlicher Beitrag wird dann in unsrer Wittwenkasse 4 Thlr. 18 Ngr. pro Antheil betragen, und dafür sichert er seiner Wittwe eine Rente von 18 Thlr. Zahlt er denselben Beitrag z. B. in der Londoner „Lebensvers.-Bank für Gesunde u. Kranke,“ so wird seine Wittwe nur eine Rente von 15 Thlr. 17 Ngr. 8 Pf. erhalten, und von der Lübecker Gesellschaft nur 14 Thlr. 16 Ngr. 1 Pf. — Oder: um seiner Wittwe eine Rente von 18 Thlr. zu sichern, hätte er

	Thlr.	Ngr.	Pf.
in der Wittwenkasse f. sächs. Aerzte.	4	18	—
in der Lond. Bank f. Ges. u. Kr.	5	9	3
in der Lübecker Gesellschaft	5	17	8

jährlich zu zahlen. Diese Ziffern zeigen wohl am deutlichsten, dass die Wittwenkasse den Versicherungsbanken vorzuziehen ist.

Die Pensionen unserer Wittwenkasse sind aber höher, als die der Banken, trotzdem dass $\frac{1}{4}$ der Bei-

träge, Eintrittsgelder und Zinsen an einen Sparfond abgegeben werden, und damit widerlegt sich wohl auch der Vorwurf, der hie und da gegen dieselbe laut geworden ist, dass sie die gegenwärtigen Mitglieder zu Gunsten der zukünftigen durch übermäßige Anhäufung des Sparfonds benachtheilige. In diesem Sparfond besteht ein zweiter Vorzug der Wittwenkasse, indem es nämlich dadurch möglich gemacht wird, dass die Pensionen der Wittwen später immer mehr erhöht werden können. Drei Viertel der Zinsen des Sparfonds werden den Pensionen zugewendet und dadurch Einnahmen gewonnen, welche von der Zahl der Beitragenden unabhängig sind.

Zur genauern Beurtheilung dessen, was oben schon über die Wahl zwischen einer einfachen Versicherungssumme und einer Wittwenpension gesagt wurde, möge hier noch ein Vergleich in Zahlen geführt werden. Nehmen wir wieder an, ein Mann von 35 Jahren, dessen Frau 30 Jahre alt ist, will sein Leben versichern und einen jährlichen Beitrag von 4 Thlr. 18 Ngr. zahlen, so würde er in der Wittwenkasse für sächs. Aerzte, seiner Wittwe, wenn dieselbe ihn überlebt, eine Pension von jährl. 18 Thlr. verschaffen, in der Lübecker, Gothaer oder Leipzi-

ger Versicherungsbank *) würde sie aber ein Kapital von 154 Thlr. erhalten. Sollte nun die Wittwe nur die Zinsen dieses Kapitals geniessen, so würde ihre jährliche Einnahme davon natürlich nur 6 Thlr. betragen; sollte sie aber die gleiche Einnahme haben, wie in der Wittwenkasse, und also jährlich 18 Thlr. vom Kapital nehmen, das übrige aber immer zu $4\frac{0}{0}$ Zinsen anlegen, so würde das Kapital nach $10\frac{1}{2}$ Jahren erschöpft sein und wenn die Wittwe länger lebte, würde sie nichts mehr haben. Da es ihr aber nicht möglich sein wird, ein so kleines Kapital mit seinen Bruchtheilen von Thalern fortwährend zu $4\frac{0}{0}$ zu verzinsen, so würde natürlich dasselbe noch viel früher zu Ende gehen und der Zweck, der Wittwe bis zu ihrem Lebensende eine Unterstützung zu verschaffen, verfehlt werden, da nach den Tabellen der Lebensversicherungsgesellschaften durchschnittlich die Zeit, um welche bei obigen Altersverhältnissen eine Wittwe ihren Mann überlebt, zu $13\frac{4}{5}$ Jahren angenommen wird. **)

Es ist bei den vorstehenden Betrachtungen nicht

*) Ihre Prämiensätze sind bis auf sehr geringe Unterschiede gleich.

**) Die Wittwen der Aerzte überleben, da ihre Männer durchschnittlich eher sterben als die meisten anderer Stände, dieselben weit länger. Das Direkt.

auf den Umstand Rücksicht genommen worden, dass die eingezahlten Beiträge bei einer Wittwenkasse zu zwei Dritttheilen verloren sind *), wenn die Frau vor dem Manne stirbt, dass aber bei einfacher Lebensversicherung das Kapital jedenfalls beim Tode des Versicherten ausgezahlt wird, wer auch die Erben seien. Aber es ist hierbei der an die Spitze gestellte Zweck im Auge behalten worden, welcher jedem in die Wittwenkasse Eintretenden vorliegt, der Zweck, für seine Wittwe zu sorgen. Stirbt die Frau früher, so erledigt sich eben der Zweck. Uebrigens ist die Gefahr dieses Verlustes nicht bedeutend, da unter 100 Fällen ungefähr 82 Männer früher sterben als ihre Frauen.

Ganz ein anderes Verhältniss als das, was bei der Fürsorge für die Wittwe in Betracht kommt, ist es, wenn über die Fürsorge für die Kinder entschieden werden soll, wenn man sich fragt, ob es zweckmässiger ist, dieselbe bei einer Waisenkasse zu suchen, oder in einer Lebensversicherungsbank; ob man für sie lieber eine Rente erwerben will, die sie beziehen, bis das jüngste ein bestimmtes Alter,

*) Auch hierin bietet die Wittwenkasse für sächsische Aerzte mehr, als die Versich.-Banken, wenn man in ihnen eine Ueberlebensrente versichert, indem hier die eingezahlten Beiträge ganz verloren sind.

z. B. das 14. od. 18. Altersjahr erreicht hat, oder ob sie ein Kapital erhalten sollen, mit dem sie einen Erwerbszweig ergreifen, oder die Kosten ihrer Ausbildung bestreiten können. Es können hier soviel verschiedene bestimmende Gründe vorhanden sein, dass eine Abwägung derselben im Allgemeinen sehr schwierig wird. Zudem ist auch hier keine Veranlassung vorhanden, auf diese Frage genauer einzugehen, da bis jetzt neben der ärztlichen Wittwenkasse noch keine Waisenkasse besteht, und bei dem Mangel aller statistischen Unterlagen ohne die Gefahr grosser Irrungen auch noch nicht sobald ins Leben treten kann.

Nachdem wir bisher die Vortheile, welche die ärztliche Wittwenkasse vor andern den Aerzten zugänglichen Anstalten der Art voraus hat, genauer betrachtet und mit Zahlen nachgewiesen haben, dürfte es nicht ohne Interesse sein, noch auf zwei andere Versicherungsgesellschaften einzugehen, welche in der 3. Generalversammlung der Mitglieder unserer Kasse am 9. September 1852 erwähnt wurden, und aus denen man die Vermuthung schöpfte, dass die ärztliche Wittwenkasse eine geringere Pension gewähre, als sie nach der Höhe der Beiträge gewähren könnte. Die erste derselben ist die sächs. Lehrerwittwenkasse, welche bei einer jährlichen Einzahlung

von 1—4 oder von 8 Thlr. eine Wittwenpension von 30 Thlr. und resp. 60 Thlr. gewähre. Allerdings ist das Verhältniss richtig, allein die Höhe der Pensionen erklärt sich daraus, dass der Staat (denn diese Kasse ist eine Staatsanstalt) bei Gründung derselben ihr erstens einen Stammfond zuwies, dessen Zinsen mit zur Zahlung der Pensionen verwendet werden, und zweitens, da auch diese sammt den Beiträgen zur Bezahlung so hoher Pensionen nicht ausreichen, eine Unterstützung der Kasse aus Staatsmitteln von jährlich dreitausend Thalern auf dem Budget figurirt. Da unserer Kasse eine so bedeutende Unterstützung abgeht, so wird es auch erklärlich, warum sie so hohe Pensionen nicht gewähren kann.

Die zweite Anstalt, welche erwähnt wurde, ist die Oberlausitzer Priester- und Schullehrer-Wittwen- und Waisensocietät. Dieselbe lässt sich von den Mitgliedern keine jährlichen Beiträge zahlen, sondern fordert beim Eintritt, ausser einem Eintrittsgelde von 6 Thlr. und einem sogenannten Begräbnissbeitrag von 5 Thlr., die einmalige Zahlung einer Summe, welche nach dem Alter des Eintretenden verschieden ist und zwischen 100 und 150 Thlr. schwankt. Dafür gewährt sie 1) beim Tode des Mitglieds ein Begräbnissgeld von

50 Thlr., 2) eine Wittwenpension von jährl. 60 Thlr., 3) beim Tode der Wittwe ein Begräbnissgeld von 30 Thlr., und sind dann noch unmündige Kinder übrig, so erhalten diese 4) die Pension der Mutter fort, bis sie sämmtlich das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben. Allerdings muss die bedeutende Leistung dieser Kasse Erstaunen erregen, doch wird sie erklärlich, wenn man auf die Geschichte der Anstalt eingeht. Sie besteht seit dem Jahre 1708, also bereits 144 Jahre, und die Bestimmung war anfangs so getroffen worden, dass die Pension nur 30 Thlr. und das Begräbnissgeld des Mitglieds auch nur 30 Thlr. betragen sollte, bei dem Tode der Wittwe aber kein Begräbnissgeld gegeben wurde. Unerachtet die Kapitalien damals eines Zinsfusses von 6% genossen, war aber die Kasse doch schon nach 14 Jahren ihres Bestehens nicht mehr im Stande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und da man das angesammelte Kapital selbst nicht angreifen durfte, so mussten die Pensionen bedeutend (zeitweise bis auf 10 und 6 Thlr.) herabgesetzt werden, worauf auch die Mitgliederzahl nach und nach von 80 auf 16 fiel. Da hierdurch weiterhin auch die Zahl der Wittwen allmählig vermindert wurde, so konnte die Kasse wieder so weit wachsen, dass sie im Jahre 1764 zu der ursprünglichen Höhe der Pensionen

zurückkehren konnte. Bei fortwährender Kapitalszunahme wurden dann auch bald die Pensionen erhöht, 1811 auf 50 Thlr., 1841 auf 60 Thlr., und gegenwärtig ist im Werke, sie bis auf 70 Thlr. zu steigern. Wie rasch das Kapital jetzt wächst, ergiebt sich daraus, dass 1834 dasselbe 46,000 Thlr. betrug, gegenwärtig 104,000 Thlr., ohne dass ihm Legate oder Schenkungen zugeflossen wären. Die Zahl der Mitglieder ist festgesetzt, im Jahre 1764 auf 60, später auf 80, jetzt auf 100, und dabei sind augenblicklich noch 63 Expectanten vorhanden. Bei Beurtheilung der Höhe der Leistung ist übrigens auch nicht ausser Acht zu lassen, dass diese Gesellschaft wesentlich von Geistlichen gebildet wird, deren durchschnittliche Lebensdauer 70 Jahre beträgt, und die daher von ihren Wittwen auch nicht lange überlebt werden, so wie sie auch nur wenig sehr junge Kinder hinterlassen werden. Bei den Aerzten giebt *Casper* die durchschnittliche Lebensdauer zu 45 Jahren an, ihre Wittwen beziehen daher auch viel längere Zeit hindurch die Pension, und daher könnte dieselbe auch nicht so bedeutend sein, wenn jene Kasse für Aerzte gestiftet worden wäre.

Sowie es sich nun einerseits erwarten lässt, dass unsre Anstalt bei der Trennung des Pensionsfonds vom Sparfond, und der Vorsicht in Anstellung der

Berechnungen mit einer so [lange anhaltenden und den Wittwen so nachtheiligen Krise verschont bleiben wird, so können wir auch andererseits beim steten Wachsen des Sparfonds gewärtig sein, dass auch unsere Pensionen sich späterhin einer langsamen Steigerung zu erfreuen haben werden.

So wollen wir denn getrost unsre Anstalt der Gunst der Zeiten anvertrauen, mag ihr nun ein rascher Zuwachs an Mitgliedern werden oder nicht. So wünschenswerth ein solcher auch ist, weil dann am wenigsten eine Ueberschreitung der Todesfälle über die Mittelzahl zu erwarten steht, welche den Berechnungen zu Grunde gelegt worden ist, so wird doch die Kasse bei nur gleichbleibender Mitgliederzahl nicht gefährdet. Um aber jenen wünschenswerthen Zuwachs zu erreichen, wirke Jeder in seinem Kreise. Denn so wenig es dem Arzte ziemt und nützt, sich selbst zu empfehlen, wohl aber, wenn es seine Klienten thun, ebensowenig wird das Publikum durch stete Anpreisung der Kasse von Seiten des Vorstandes angezogen werden, dagegen die einzelnen Mitglieder durch Darlegung der Vortheile unsrer Kasse die Lust zum Beitritt wirksamer machen.

Betrachtungen mit einer so klaren und einfachen
 Darstellung der verschiedenen Arten von
 Tugend, so wie auch der verschiedenen Arten
 von Laster, das ist, der verschiedenen Arten
 von Unwissenheit, die zu diesen Tugenden
 und Lasteren führt, und der verschiedenen
 Ursachen, die diese Tugenden und Lasteren
 hervorbringen, und der verschiedenen Folgen,
 die aus ihnen entspringen, wird man sich
 sehr freuen, wenn man sie in der Hand
 eines so klaren und einfachen Philosophen
 findet, wie es der Fall ist in der Hand
 des Herrn Locke.

Wir, Friedrich August,
von Gottes Gnaden König von Sachsen ic. ic.

thun hiermit kund, daß Wir auf Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von einem Vereine sächsischer Aerzte, unternommene Begründung einer Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Herzog- und Fürstenthümer genehmigt und den für diese Wittwenkasse errichteten Statuten Unsere Bestätigung ertheilt, auch der gedachten Anstalt die in §. 45 der Statuten enthaltene Rechtsvergünstigung in der Maasse,

daß die an die Wittwen verstorbener Vereinsmitglieder in Gemäßheit der Statuten zu zahlenden Jahresgelder keiner Verkümmernng unterworfen werden können,
verliehen haben.

Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges

Bestätigungsdekret

ausgefertigt und von Uns eigenhändig unter Beifügung Unseres Königlichen Siegels vollzogen worden.

Dresden, den 13. October 1852.

(L. S.)

Friedrich August.

Dekret

wegen Bestätigung der Statuten der Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte u. Apotheker im Königreiche Sachsen und den angrenzenden Herzog- und Fürstenthümern.

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Friedr. Ferdin. Freiherr v. Beust

I. Bestimmung der Kasse, Eigenschaften der Mitglieder und Bedingungen ihrer Aufnahme.

§. 1.

Diese Kasse ist bestimmt, den nachgelassenen Wittwen der Civil- und Militär-Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker im Königreiche Sachsen und den angrenzenden Herzog- und Fürstenthümern durch deren regelmässige Einsteuerung eine jährliche Pension zu verschaffen.

§. 2.

Wer als Mitglied aufgenommen werden will, muss nachweisen:

a) dass er einer der §. 1. gedachten Kategorien angehört,

b) dass er an keiner Krankheit leidet, welche einen baldigen Tod erwarten lässt. — Diesen Nachweis führt er durch seine eigne pflichtmässige an Eidesstatt abzugebende schriftliche Erklärung und durch die Zeugnisse zweier von Staatswegen zu Behandlung innerer und äusserer Krankheiten befähigter Aerzte, wo möglich Mitglieder der Gesellschaft, und

c) dass er endlich seinen und, wenn er bereits verheirathet ist, seiner Frau Geburtsschein oder Taufzeugniss beibringt.

Jedem Beitrittslustigen wird zu Abgabe seiner Erklärung ein gedrucktes, von ihm gehörig zu vollziehendes Formular zugestellt.

§. 3.

Jeder kann mit mehreren, höchstens aber mit 5 Antheilen zur Kasse treten, wodurch die Pension der Wittve in demselben Verhältnisse vergrößert wird. Er erhält dadurch die Rechte von so viel Personen, als er Antheile genommen hat. Will Jemand später seine Antheile vermehren oder vermindern, so kann solches unter Beobachtung der §. 2 sub b., §. 9 flg. u. §. 41 getroffenen Bestimmungen geschehen.

§. 4.

Die Anmeldung erfolgt beim Direktorium (§. 50) oder beim Buchhalter (§. 58) unter Beifügung der §. 2 gedachten Papiere und Bezeichnung der zu nehmenden Antheile. Werden die ersteren genügend befunden, so empfängt der Aufzunehmende durch den Buchhalter den ihn zur Befolgung der Gesellschafts-Statuten verpflichtenden Beitrittsschein nebst der Weisung, was er an Eintrittsgeld (§. 8) und Jahresbeitrag (§. 9) zu zahlen habe. Diesen Beitrittsschein muss er unterzeichnen und unter Beilegung der einzuzahlenden Gelder an den Buchhalter zurücksenden, welcher ihn in die Namenliste unter fortlaufender Nummer einträgt und ihm den mit die-

ser Nummer und dem Gesellschaftssiegel, von zwei Vorstehern und dem Buchhalter unterschriebenen Aufnahmeschein sendet, auf welchem die Zahl der genommenen Antheile und die eingezahlte Summe genau bemerkt ist. Durch diesen Aufnahmeschein wird sein Beitritt beglaubigt; sein Anspruch auf die Rechte eines Mitglieds aber schon durch die erfolgte vollständige Einzahlung des Eintrittsgeldes und eines vollen Jahresbeitrages gesichert.

II. Mittel zur Begründung der Kasse, Eintrittsgelder und jährliche Beiträge. Kassenvermögen.

§. 5.

Aus den zu dem §. 1 gedachten Zwecke eingegangenen Geldern wird ein Sparfond und eine Pensionskasse gebildet.

§. 6.

Der Sparfond wird zusammengebracht und vermehrt:

a) durch freiwillige Beiträge der sich für die Begründung einer Wittwenkasse interessirenden Personen,

b) durch $\frac{3}{4}$ aller Vermächtnisse, Schenkungen u. s. w., wenn nicht der Wille der Geber eine andere Verwendung bedingt,

c) durch $\frac{1}{4}$ der Eintrittsgelder (§. 8),

d) durch $\frac{1}{4}$ der regelmässigen Jahresbeiträge (§. 9),

e) durch $\frac{1}{4}$ aller Interessen des Sparfonds,

f) durch $\frac{1}{4}$ aller eingehenden Straf gelder.

§. 7.

Der Sparfond darf niemals angegriffen und zu Pensionen oder andern Ausgaben verwendet werden.

§. 8.

Das Eintrittsgeld beträgt Vier Thaler auf jeden Antheil.

§. 9.

Die jährliche Beisteuer für jeden Antheil wird nach dem Alter, in welchem der Eintretende (und resp. die Frau desselben) am 31. Dec. des verflossenen Jahres gestanden hat, u. zwar so festgesetzt, dass für jeden Antheil, ausschliesslich des Eintrittsgeldes, 160 Thlr. bezahlt worden sind, wenn das Mitglied entweder wirklich, oder in Folge der Altersdifferenz zwischen ihm und seiner Frau (§. 11 u. 12) das 70. Jahr erreicht hat.

Daraus ergiebt sich folgende Scala für die jährliche Beisteuer:

Jahre.	Thaler.	Ngr.
20	3	6
21	3	8
22	3	10
23	3	13
24	3	15
25	3	17
26	3	20
27	3	22
28	3	25
29	3	28
30	4	—

Jahre.	Thaler.	Ngr.
31	4	4
32	4	7
33	4	10
34	4	14
35	4	18
36	4	22
37	4	26
38	5	—
39	5	5
40	5	10
41	5	16
42	5	22
43	5	28
44	6	5
45	6	12
46	6	20
47	6	29
48	7	9
49	7	19
50	8	—
51	8	13
52	8	27
53	9	13
54	10	—
55	10	20
56	11	13
57	12	10
58	13	10
59	14	17
60	16	—
61	17	24
62	20	—
63	22	26
64	26	20
65	32	—

Jahre.	Thaler.	Ngr.
66	40	—
67	53	10
68	80	—
69	160	—

§. 10.

Vom erreichten 70. Jahre an sind für jeden Antheil jährlich 4 Thaler zu zahlen.

§. 11.

Es wird angenommen, dass die Frau 6 Jahre jünger sein darf als der Mann. Beträgt die Altersdifferenz zwischen Mann und Frau mehr als 6 Jahre, so werden so viele Jahre, als die Frau über 6 Jahre jünger ist, dem Alter des Mannes bei Berechnung der Bezahlung zugezählt.

War der Mann also beim Eintritte 40 Jahre, die Frau aber 34—40 Jahre, so bezahlt der Mann wie die Tabelle angiebt, 5 Thlr. 10 Ngr. Wenn indessen der Mann 40, die Frau aber 30 Jahre ist, so werden Ersterem 4 Jahre zugezählt, er hat also dann jährlich 6 Thlr. 5 Ngr. zu zahlen.

§. 12.

Wäre die Frau älter als der Mann, so kommt diese Altersdifferenz dem Manne zu Gute. Ist z. B. der Mann 36 Jahre und die Frau 38, so wird seine jährliche Beisteuer so bestimmt, als wenn er nur 34 Jahre wäre.

§. 13.

Beträgt die Altersdifferenz zwischen Mann und Frau so viel, dass das Alter des Mannes zu 69 Jah-

ren oder höher berechnet werden müsste, so würde der Mann als Eintrittsgeld zu bezahlen haben die höchste Summe, also 160 Thlr., und ausserdem noch soviel mal vier Thaler, als die Höhe seines Alters 69 Jahre übersteigt; von da an bezahlt er jährlich nur 4 Thlr., z. B. wenn der Mann 60 Jahre u. seine Frau 40 Jahre ist, so wird der Ueberschuss der erlaubten Altersdifferenz, also 14 Jahre, dem Alter des Mannes zugerechnet, und er wird also für jeden Antheil auf einmal so viel einzusteuern haben, als wenn er nach und nach 74 Jahre lang beigesteuert hätte. Für das Alter von 69 Jahren also 160 Thlr., für die darauf folgenden 5 Jahre in Summa 20 Thlr., folglich im Ganzen 180 Thlr., von da ab jährlich nur 4 Thlr.

§. 14.

Wer das 70. Jahr ohne Rücksicht auf die Altersdifferenz der Frau (§. 11) erreicht hat, wird nicht mehr aufgenommen.

§. 15.

Wer unverheirathet ist, kann gleichfalls beitreten; verheirathet er sich später, so wird zu seiner bisherigen jährlichen Beisteuer soviel hinzuge-rechnet, als die Altersdifferenz der Frau die gestatteten 6 Jahre übersteigt, z. B. wenn ein Unverheiratheter im 30. Jahre beigetreten ist und jährlich 4 Thlr. bezahlt hat, im 40. Jahre aber eine Frau von 26 Jahren heirathet, so ist er 14 Jahre älter und muss nun von der Zeit der Verehelichung an

soviel zahlen, als wäre er in dem Alter von 38 Jahren eingetreten, folglich jährlich 5 Thlr.

§. 16.

Ist die Frau aber älter, so werden für die Berechnung der künftigen Einzahlungen so viel Jahre als dieser Unterschied beträgt, von dem Alter, welches er beim Eintritte in die Gesellschaft hatte, abgezogen. Wäre er also mit dem 40. Jahre eingetreten, so hätte er bisher 5 Thlr. 10 Ngr. jährlich bezahlt, heirathet er nun eine Frau von 46 Jahren, so bezahlt er von seiner Verehelichung an, nur so viel, als wenn er mit dem 34. Jahre beigetreten wäre, also jährlich 4 Thlr. 14 Ngr.

§. 17.

Der Eintritt steht zu jeder Zeit frei.

§. 18.

Jeder Jahresbeitrag muss allemal in den letzten Tagen des Monats December pränumerando auf das folgende Jahr eingezahlt werden, so dass er spätestens am 1. Januar des laufenden Jahres in den Händen des Buchhalters ist. Nur denen, welche grössere Beiträge als 10 Thlr. zu zahlen haben, wird auf besonderes Ansuchen gestattet, diesen Beitrag in zwei gleichen Hälften spätestens den 1. Januar und 1. Juli einzuzahlen. Es versteht sich übrigens von selbst, dass, wenn ein Mitglied, welches seine Beisteuer in zwei Terminen entrichtet, stirbt, ehe es die zweite Hälfte eingezahlt hat, diese zweite Hälfte nachträglich bezahlt werden muss, oder von der Pension der Wittwe abgezogen wird.

§. 19.

Ein Säumiger hat für jeden am 1. Januar (bezüglich am 1. Juli) noch nicht bezahlten vollen Thaler, 1 Ngr. Strafe auf jede volle Woche zu entrichten. Zahlt der Restant, welchen der Buchhalter binnen 14 Tagen unter Androhung der Ausschliessung zu erinnern hat, den Rückstand nebst der Strafe bis zum 1. April (bezügl. 1. Okt.) desselben Jahres, so bleibt er Mitglied. Erfolgt aber bis dahin die Zahlung „des Beitrages und der Strafe“ des Restanten nicht und hat auch indessen keine andere Person, namentlich nicht die Gattin desselben (§. 20), welcher längstens im Februar (August) durch den Buchhalter von des Ehemanns Säumniss und drohender Ausschliessung Nachricht zu geben ist, die Einzahlung bewirkt, so wird er zwar nunmehr mit Einzahlung des Jahresbeitrags und der verwirkten Strafe verschont, jedoch mit dem 1. April (1. Okt.) ohne Weiteres ausgeschlossen und aller Theilnahme an der Gesellschaft, seine Gattin aber aller Rechte auf Pension verlustig, welche Ausschliessung beiden von dem Direktorium bekannt zu machen ist. Will ein Ausgeschlossener die Mitgliedschaft aufs Neue erwerben, so hat er sich den Bedingungen, die jedes neu eintretende Mitglied zu erfüllen hat, zu unterwerfen.

§. 20.

Wenn ein Mitglied mit den Beiträgen zurückbleibt (§. 19), oder die Einsteuerung aus irgend einem Grunde verweigert (z. B. wegen Eheschei-

ung (§. 32), oder letztere nicht mehr zu leisten vermag (§. 41), so kann jede dritte sich dazu verpflichtende Person oder auch die Frau selbst in dessen Namen steuern, und letztere genießt, wenn dies bis zu des Ehemanns Tode geschieht, dieselben Rechte, als wenn er selbst gesteuert hätte, und leiden auch auf diese Einnahmen die §§. 18 u. 19 getroffenen Bestimmungen Anwendung.

III. Pensionskasse. Wittwengehalte.

Austrittsgelder.

§. 21.

Es wird eine besondere *Pensionskasse* gebildet, welche bestimmt ist, die jährlichen oder ausserordentlichen Unterstützungen für die Wittwen und ausserdem die etwaigen Rückzahlungen zu gewähren und die nothwendigen Unkosten zu bestreiten.

§. 22.

Diese Kasse wird gebildet und unterhalten:

- a) durch $\frac{3}{4}$ aller Eintrittsgelder,
- b) durch $\frac{3}{4}$ aller regelmässigen Beisteuern,
- c) durch $\frac{3}{4}$ aller eingegangenen Interessen des Sparfonds,
- d) durch $\frac{3}{4}$ der eingegangenen Strafgehalte,
- e) durch $\frac{1}{4}$ der durch Geschenke und Vermächtnisse eingegangenen Gelder, falls nicht eine bestimmte Vorschrift eine andere Verwendung gebietet,

f) durch die bei der letzten Vertheilung der Pensionen übrig gebliebenen Thalerbruchtheile,

g) durch die ungetheilten Interessen des Pensionsfonds.

§. 23.

Damit nun zu Anfange, wo verhältnissmässig wenige Wittwen vorhanden sind, diese nicht eine ungleich höhere Summe, als die späteren erhalten, wird jeder Wittwe auf jeden ersteuerten Antheil eine Jahrespension von 18 Thlr. gewährt, der übrige für diesmal nicht vertheilte Kassenbestand bildet aber den Transport für das nächste Jahr. (Vrgl. jedoch §. 25.)

§. 24.

Mit den Pensionen wird erst dann vorsichtig gestiegen, wenn die Berechnungen mit Wahrscheinlichkeit nachweisen, dass man späterhin mit denselben nicht zu sinken braucht.

§. 25.

Sollte aber dennoch ein oder mehrere Jahre die Pensionskasse nicht ausreichen, um die Höhe der bisher geleisteten Pensionen beizubehalten, so wird das vorhandene Geld unter die Wittwen auf jeden Antheil nach ganzen Thalern gleich vertheilt, die überschüssenden Thalerbruchtheile aber zur nächsten Vertheilung gezogen. Es müssen sich die Wittwen dann mit der geringern Pension zufrieden stellen, bis der Zustand der Pensions-Kasse höhere Pensionen gestattet.

§. 26.

Mit der Steigerung der Pensionen wird so lange fortgefahren, bis eine jede Pension die Höhe von 100 Thaler für einen Antheil erreicht hat.

Diese Summe wird nicht überschritten.

§. 27.

Von diesem Zeitpunkte an beginnt eine Unterstützung zum Begräbniss des Mannes sogleich nach dessen Tode, deren grösste Höhe ohne Berücksichtigung der von dem Verstorbenen gesteuerten Antheile vorläufig auf 40 Thaler festgesetzt wird.

§. 28.

Gestattet die Kasse noch weitere Anstrengungen, so werden die unmündigen Kinder und Waisen, und wenn auch diesem Genüge geleistet ist, verdienstunfähige Kollegen unterstützt.

Der Maassstab, nach welchem dann verfahren werden soll, bleibt künftigen Zeiten aufgespart.

§. 29.

Der Anspruch auf Pension beginnt mit dem Monat, welcher zunächst auf den Sterbemonat folgt. Da aber die Abrechnung in der Pensionskasse erst nach dem Jahresschluss erfolgt, so wird die Pension erst im Januar oder Februar des nächstfolgenden Jahres ausgezahlt.

§. 30.

Ebenso wie der Tod des Mannes durch einen Todtenschein, den auch ein Arzt ausstellen kann, und im Zweifelsfalle auf Verlangen des Direktoriums auch die Todesursache zu bescheinigen ist, so muss

auf der Quittung der Pensionsempfängerin in der Regel ein genügendes Zeugniß des Lebens, Ledigseins und des Aufenthaltsorts derselben beigelegt sein.

§. 31.

Die Pension hört mit dem Ende desjenigen Monats auf, in welchem die Wittwe stirbt, heirathet oder ausserhalb der deutschen Bundesstaaten auswandert, worüber an den Buchhalter glaubwürdige Meldung gelangen muss.

§. 32.

Ehescheidung an sich hebt das Recht der geschiedenen Frau auf Pension nicht auf, falls der geschiedene Mann, oder die Frau selbst oder eine dritte Person bis zum Tode des Mannes die Jahresbeiträge gehörig fortsteuert. Zu Abgabe der nöthigen Erklärung wird dem Ehegatten eine angemessene Frist gestattet, wo diese Angelegenheit geordnet und der Beitrag aufs laufende Jahr (ganz oder zur Hälfte vgl. §. 18) nebst Verzugszinsen eingezahlt sein muss.

§. 33.

Wird die Fortsteuerung von keinem Theile beliebt, so wird der geschiedene Mann als ausgetreten angesehen und muss, falls er etwa behufs einer zweiten Verheirathung der Anstalt wieder beitreten will, sich ganz von Neuem nach den bestimmten Alterssätzen und sonst nach Vorschrift der Statuten einkaufen.

§. 34.

Der Selbstmord des Mannes schliesst die Wittwe von der Pension nicht aus.

§. 35.

Ergäbe sich nach dem Tode des Mannes, dass in den §. 2 erwähnten Declarationen und deren Beilagen erweislich falsche, auf Täuschung der Gesellschaft berechnete Angaben enthalten sind, welche, wenn sie bei der Anmeldung als unrichtig erkannt worden wären, die Zurückweisung des Beitrittslustigen zur Folge gehabt hätten, so hat die Wittwe keinen Anspruch auf Pension, es wird aber der etwa schon bezahlte Beitrag auf das laufende Jahr zurückgegeben. Wird aber die Unwahrheit der in den Declarationen gemachten Angaben und die erweisliche Absicht des Declaranten, die Gesellschaft zu täuschen, bei jenes Leben entdeckt, so ist er aller Ansprüche an die Gesellschaft verlustig.

§. 36.

Verliert ein Theilnehmer die Gattin durch den Tod, den er beim Buchhalter unter Beifügung eines Todtenscheins sogleich anzuzeigen hat, so steht es ihm frei, aus der Gesellschaft zu treten, und er erhält, wenn er dies erklärt, den dritten Theil des Antritts- u. der Jahresgelder (nicht aber auch die etwa gezahlten Verzugszinsen u. Straf gelder) zurück. Doch kann ihm zu Abgabe der Erklärung, falls er nur inmittelst gehörig fortsteuert, ein Jahr und nach Befinden noch länger Frist gegeben werden. Giebt er aber binnen dieser Frist keine Erklärung ab, oder stirbt er vorher, ohne sich

zu erklären, so wird er für ausgetreten angesehen, was ihm, falls er noch lebt, das Direktorium bekannt zu machen hat, und er ist dann aller Rechte auf das ihm sonst gebührende Austrittsgeld verlustig.

§. 37.

Heirathet er nach seinem Austritte wieder und wünscht dann der Gesellschaft auf's Neue beizutreten, so wird er in allen Beziehungen als ein neues Mitglied behandelt.

§. 38

Bleibt er aber Mitglied und heirathet nach ununterbrochener Fortsteuerung wieder, so kommt der zweiten Frau die für die erste ersteuerte Pension zu Gute. Die Regulirung der nunmehrigen Jahresbeiträge erfolgt nach Maassgabe des Altersunterschiedes zwischen ihm und der zweiten Frau, unter Zugrundelegung der §. 11 u. flg. getroffenen Bestimmungen.

§. 39.

Sollte ein Mitglied in der Heimath, auf einer Reise oder während eines Feldzugs vermisst werden, ohne dass der nöthige Todtenschein herbeigeschafft werden könnte, so wird dasselbe, wenn die hinterlassene Gattin genügend und da nöthig, eidlich versichert, dass sie aller angewandten Mühe ungeachtet von des Mannes Aufenthalt nichts erfahren habe, nach Verfluss von zwei Jahren nach dem Eintreffen der letzten Nachricht von ihm durch den Ausspruch des Direktorium der Gesellschaft gegen-

über für todt erachtet. Von diesem Zeitpunkte an erhält die Frau, unter der Voraussetzung, dass bis dahin die jährlichen Einsteuerungen gehörig erfolgt oder mit Verzugszinsen nachgezahlt worden sind, die ersteuerte Pension. Kehrt der Vermisste später zurück, so hat er die der Frau gewährte Pension zurück- und die Jahresbeiträge, beides mit Verzugszinsen nachzuzahlen, und die frühere Todeserklärung wird aufgehoben. Wäre hierzu aber, namentlich wegen Unvermögens oder sonstiger grossen Schwierigkeiten nicht zu gelangen, so bewendet es im Falle bescheinigter Armuth der Frau bei der Pensionirung, vorbehältlich der Ansprüche der Gesellschaft an das Vermögen oder die künftige Erbschaft des Mitglieds hinsichtlich der Einzahlung der restirenden Beiträge und der der Frau zu zeitig gewährten Pension.

§. 40.

Wenn ein Theilnehmer so unvermögend wird, dass er seine Beiträge nicht entrichten kann, oder wenn er in Geisteskrankheit verfällt, und in Folge davon die Beiträge nicht entrichtet, auch in dem einen, wie in dem andern Falle sich keine andere Person zur Fortsteuer für ihn verpflichtet, so können einem solchen Theilnehmer nach dem Ermessen des Direktorium die Beiträge einige Jahre lang gestundet und von dem §. 19 gegen die Restanten vorgeschriebenen Verfahren temporär abgesehen werden. Wird vor oder nach seinem Tode der volle Restbetrag mit Verzugszinsen nachgezahlt, so tritt

die Frau in ihre vollen Pensionsrechte ein; erfolgt aber eine solche Nachzahlung nicht, so sind die geleisteten Jahresbeiträge für verfallen anzusehen, der Wittwe können jedoch bei bescheinigter grosser Armuth nach dem Ermessen des Direktorium von Zeit zu Zeit ausserordentliche Unterstützungen verwilligt werden, welche aber zusammen den Betrag der wirklich eingesteuerten Jahresgelder nicht übersteigen dürfen.

§. 41.

Ist ein Mitglied nicht im Stande, alle gezeichneten Antheile fortzusteuern, oder sieht es sich durch gewichtige Gründe (Ehescheidung) dazu veranlasst, so ist ihm gestattet, für eine geringere Zahl von Antheilen, die Beiträge fortzuleisten. Das Eintrittsgeld für die erlöschenden Antheile bleibt der Kasse verfallen, die für dieselben bereits gezahlten Beiträge aber werden auf die behaltenen Antheile zu Gute gerechnet. Sollte ein solches Mitglied wieder für alle ursprünglich gezeichneten Antheile einzusteuern wünschen, so hat es für die erloschenen alle Beiträge von seinem Eintritte in die Gesellschaft an, nach der ursprünglich angesetzten Höhe nebst Verzugszinsen nachzuzahlen, jedoch mit Abzug der für die erloschenen Antheile schon früher gezahlten, für die fortgesteuerten, aber noch nicht in Abzug gebrachten Beiträge. Die Wittwe (oder Geschiedene) erhält dadurch das Recht auf Pension für alle ursprünglich gezeichneten Antheile. Stirbt der Mann, bevor die eingezahlten Gelder aufgebraucht sind, so hat die Wittwe oder Geschiedene, welche ausserdem nur für

die fortgesteuerten Antheile Pension erhält, das Recht, entweder das noch überschüssige Geld, jedoch ohne Zinsen und ohne die Eintrittsgelder zurückzufordern, oder sich auch die von dem Manne bereits aufgegebenen Antheile für ihre Person dadurch zu erhalten, dass sie das noch restirende Geld nebst Verzugszinsen für dieselben nachzahlt. Jedenfalls ist deshalb binnen 4 Wochen eine Erklärung und resp. Bezahlung zu geben.

§. 42.

Wer mit seiner Frau die deutschen Bundesstaaten ganz verlässt, erhält den dritten Theil der Einsteuerung, in gleicher Weise wie ein wegen Verlustes der Gattin austretendes Mitglied zurück. (§. 36.)

§. 43.

Wer ausser diesen Fällen mit Zustimmung seiner Gattin, welche (vgl. §. 20) auch wider Willen des Ehemanns bei der Gesellschaft bleiben kann, den Austritt erklärt, ist aller seiner Rechte an die Kasse verlustig und aller weiteren Verpflichtungen überhoben, auch können etwaige Reste nicht nachgefordert werden.

§. 44.

Dahingegen bleibt jedes Mitglied, welches einen andern Stand ergreift, so lange es in den deutschen Bundesstaaten wohnt, fortwährend Theilnehmer der Gesellschaft.

§. 45.

Die an die Wittwen zu zahlenden Jahresgelder sind keiner Verkümmerung unterworfen.

*IV. Geschäftsordnung. Direktorium. Ausschuss.
Buchhalter. Kassenverwaltung. Generalversamm-
lung. Streitigkeiten.*

§. 46.

Der Gesellschaft steht ein Direktorium aus 5 Mitgliedern vor, welches seinen Sitz zu Leipzig hat.

§. 47.

Das Direktorium wird in einer Generalversammlung von allen anwesenden oder durch Vollmachten (§. 65) vertretenen Mitgliedern durch relative Stimmenmehrheit erwählt, doch müssen wenigstens 3 Mitglieder desselben ihre bleibende Wohnung in Leipzig haben.

§. 48.

Mit dem Ende eines bürgerlichen Jahres tritt ein Direktor aus, anfangs durch das Loos, später der Reihe nach, er ist aber sofort wieder wählbar.

§. 49.

Wer die Wahl dieses Ehrenamtes ausschlägt, zahlt 2 Thlr. Strafe an die Wittwenkasse, wovon er nur in dem Falle befreit bleibt, wenn er sofort nach seinem Austritte wieder gewählt wird. Bei den Wahlen ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass, wenn die Erklärung des Gewählten nicht sofort, sondern erst später erfolgen könnte und eine abschlägliche wäre, eventuell schon die Wahl einer oder mehrerer andern Personen für den Ablehnenden vorgenommen wird.

§. 50.

Das Direktorium, welches aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählt, ist verbunden, über das Wohl der Gesellschaft beständig zu wachen, für deren Rechte zu wirken und auf genaue Beobachtung der Statuten zu achten. Insbesondere sind die Direktoren verpflichtet u. befugt, die erforderlichen Formulare der Anmeldungs- und Aufnahmescheine und Quittungen abzufassen oder zu verändern, die Beitritts-erklärungen anzunehmen, über solche und den etwaigen Ausschluss von Mitgliedern den angezeigten oder sonst bekannt gewordenen Verhältnissen gemäss zu entscheiden, für sichere Verwahrung, gehörige Unterbringung und Benutzung der eingehenden Gelder Sorge zu tragen, die alljährliche Rechnungs-ablegung über Einnahmen und Ausgaben jeder Art vorzubereiten und zu bewirken, bei eintretenden Differenzen Vergleiche abzuschliessen oder das erforderliche Verfahren einzuleiten (§. 67 u. flg.), die Gesellschaft nach Aussen hin ebenso, als wäre ihnen deshalb eine ganz specielle Vollmacht ausdrücklich ertheilt, zu vertreten, überhaupt aber der Besorgung der Gesellschaftsangelegenheiten nach den Statuten, oder in Mangel ausreichender Bestimmungen in dem Sinne und mit derselben Aufmerksamkeit, als wenn es die eigenen Angelegenheiten beträfe, sich zu unterziehen.

§. 51.

Die Direktorialmitglieder können sich dahin einigen, dass nicht alle Geschäfte kollegialisch, son-

dern zum Theil bureaukratisch verhandelt werden, indem z. B. einer oder mehrere die besondere Beaufsichtigung und Controlirung des Buchhalters, die Prüfung der Anmeldungen und Bescheinigungen, die Aufbewahrung der Schriften u. s. w. übernehmen, oder nach einem gewissen Cursus wechseln können.

§ 52.

Für die Gesellschaft wird ein Rechtskundiger als Actor angenommen, welcher in rechtlicher Hinsicht überall, wo er von den Direktoren um Rath oder Mitwirkung angesprochen wird, den Vortheil des Vereins wahrzunehmen hat und, da nöthig, zu seiner Legitimation von den Direktoren specielle Vollmacht zu empfangen hat.

§. 53.

Das Direktorium berathet und beschliesst über die Gesellschaftsangelegenheiten theils mündlich in den diesfalls bestimmten Versammlungen, theils mittelst schriftlichen Circulärs. Die Beschlüsse werden nach relativer Stimmenmehrheit gefasst und es müssen sich bei der Abstimmung wenigstens 3 Mitglieder betheiligt haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet der vorsitzende Direktor. Wenn vorkommende besondere Schwierigkeiten weder durch den Beirath des Actor, noch unter Concurrenz des Ausschusses (vgl. §. 55) beseitigt werden können, oder das Direktorium die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen will, so kann, wenn solches möglich, die Beschlussfassung bis zur nächsten Generalversammlung (§. 62) ausgesetzt werden, wogegen dann, wenn

in der Zwischenzeit in dringenden Fällen und aus erheblichen Gründen von den Statuten abgewichen worden, die diesfallsigen Beschlüsse in der nächsten Generalversammlung zu rechtfertigen sind. Zu derartigen Abweichungen ist, wie zu allen Abänderungen dieser Statuten die Genehmigung der vorgesetzten Regierungsbehörde erforderlich.

§. 54.

Jedes Direktorialmitglied, welches durch eigenmächtige oder statutenwidrige Vornahmen oder Unterlassungen, oder durch grobe Verschuldungen die Gesellschaft in Schaden bringt, ist zu dessen Ersatze aus eigenen Mitteln verbunden.

§. 55.

Zur Controle des Direktorium wird ein Ausschuss von 5 Mitgliedern ernannt, welche demselben in zweifelhaften Fällen zur Seite stehen, beim Jahresschlusse den Vortrag des Direktorium über den Zustand der Gesellschaft zu empfangen und von dessen Lage Kenntniss zu nehmen, den zeitherigen Geschäftsbetrieb zu erörtern, die Kassenbestände, Kassenbücher und sonstige einschlagende Schriften und Acten einzusehen, die Rechnungen durchzugehen, zu moniren und zu justificiren, auch den alljährlich abzulegenden öffentlichen Rechenschaftsbericht mit zu vollziehen, etwaige Anträge auf Abänderungen im Geschäftsbetriebe zur Berathung des Direktorium zu stellen und darauf ihr Augenmerk zu richten haben, dass der Vortheil des Vereins möglichst gefördert und allenthalben den Statuten

getreulich nachgegangen werde. Ein regelmässiger Zusammentritt des Ausschusses findet zunächst vor dem jährlichen Geschäftsabschlusse, theils kurz nach demselben statt, wogegen sonst Versammlungen des Ausschusses auf Veranlassung des Direktorium oder des Vorsitzenden des Ausschusses in ausserordentlichen, Fällen oder wenn es sonst nöthig oder wünschenswerth erscheint, vorkommen können.

§. 56.

Die Ernennung und Ausscheidung der Ausschussmitglieder und resp. des Vorsitzenden, sowie die Abstimmungen des Ausschusses, erfolgen nach denselben Bestimmungen, wie sie bei dem Direktorium in Anwendung kommen (§. 47, 50, 51, 53), jedoch ist es nicht nöthig, dass eine bestimmte Anzahl seiner Mitglieder in Leipzig sesshaft ist.

§. 57.

Wenn ein Direktorial- oder Ausschussmitglied vor der Wahl eines neuen erkrankt oder stirbt, oder die Wahl ablehnt (§. 49), ohne dass bereits für ein anderes Mitglied Sorge getragen worden ist, so ernennt ein jedes Collegium für sich statt des aus der Mitte geschiedenen oder ablehnenden Mitglieds ein neues, welches aber nur bis zur Bestätigung dieser Wahl durch die Generalversammlung, oder bis zu neuerfolgter Wahl diese Stelle zu verwalten hat.

§. 58.

Vom Direktorium wird unter Beirath des Ausschusses ein Buchhalter gewählt, welcher wo-

möglich ein Mitglied der Gesellschaft sein und sich an dem Orte, wo das Direktorium seinen Sitz hat, aufhalten muss.

§. 59.

Der Buchhalter leistet eine entsprechende Caution und bezieht für seine Bemühungen am Schlusse jedes Jahres eine nach der Zahl der lebenden Mitglieder so wie der Pension empfangenden Wittwen und der beiderseitigen Antheile bemessene Besoldung von je 10 Ngr. auf jeden Mitglieds- oder Wittwenantheil und 1 Thlr. für jedes beim Sparfond angelegte volle Kapital von 1000 Thlr.

§. 60.

Er wird mit vierteljähriger, beiden Theilen vorbehaltener Aufkündigung angestellt, kann aber bei erwiesener Nachlässigkeit oder Untreue sofort entlassen werden.

§. 61.

Von den bei der Kassenverwaltung abgehenden oder ankommenden Geldern, Belegen und Briefen trägt die Kasse oder deren Beamter niemals Kosten oder Gefahr, sondern der Empfänger oder Absender muss jederzeit dafür haften. Auch hat der Absender jedesmal das Briefträrgeld beizulegen, der Empfänger aber die durch den Buchhalter sogleich abzuziehende Postscheingebühr zu tragen.

§. 62.

Es wird alljährlich an einem Tage, welcher zwischen den 1. Mai und 31. Okt. fällt, eine Generalversammlung gehalten, in welcher der Rechen-

schaftsbericht gegeben, zweifelhafte Fragen, Anträge auf Statutenabänderung etc. zur Discussion und Beschlussfassung gebracht und die Wahl der im nächsten Jahre eintretenden Beamten vorgenommen wird.

§. 63.

Der Ort, wo dieselbe abgehalten werden soll, wird jedesmal in der vorigen Generalversammlung durch Stimmenmehrheit entschieden, wobei derjenige Ort den Vorzug erhält, in welchem oder in dessen Nähe die meisten Direktoren oder Ausschussmitglieder ihren Wohnsitz haben.

§. 64.

Hierzu wird durch die Leipziger Zeitung, das herzoglich sachsen-altenburg. Amts- und Nachrichtenblatt und die Gothaische Zeitung eingeladen, und für besondere Gegenstände, z. B. beantragte Abänderung der Statuten, Entscheidung entstandener Streitigkeiten u. s. w. eine Tagesordnung aufgestellt. Ist letzteres geschehen, so können die erscheinenden Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Zahl durch einfache Stimmenmehrheit einen giltigen Beschluss fassen. Ausserdem müssen wenigstens zwei Drittheile der Gesellschaft gegenwärtig oder durch ausreichende Vollmachten vertreten sein.

§. 65.

Es kann nämlich die Abstimmung in der Generalversammlung Seiten der abwesenden Mitglieder auch schriftlich oder durch Vollmachten erfolgen und es hat jeder so viel Stimmen abzugeben, als er Antheile bei der Gesellschaft besitzt. Doch darf Nie-

mand mit Einschluss der Vollmachtgeber für mehr als 10 Antheile abstimmen, und die Vollmachten oder schriftlichen Abstimmungen auswärtiger Mitglieder werden nur dann zugelassen, wenn sie bei Beginn der Verhandlung vorliegen und einer Prüfung unterworfen werden können.

§. 66.

Eben so wie sich die Gesellschaft vorbehält, über nicht vorhergesehene und zweifelhafte Fälle und Umstände zu entscheiden, so soll unerwartet dessen jedesmal nach 5 Jahren eine Hauptuntersuchung der bisherigen Statuten durch das Direktorium unter Mitberathung des Ausschusses vorgenommen und deren Ergebniss der Gesellschaft zur Berathung und Beschlussfassung vorgetragen werden.

§. 67.

Vorfallende Differenzen zwischen dem Direktorium einer Seits, und einzelnen Mitgliedern, Wittwen oder dritten Personen, die sich durch den Ausspruch des ersteren für beschwert erachten, anderer Seits, sollen womöglich ohne processualische Weitläufigkeiten durch gütliche Vermittelung beseitigt werden, und es wird dabei das Direktorium jede Billigkeitsrücksicht, welche die Umstände gestatten, namentlich den Wittwen gegenüber, eintreten lassen. Beharrt aber der erhobenen Reclamation und der gütlichen Behandlung ungeachtet das Direktorium bei seinem Beschlusse, oder ändert es denselben nur insoweit, dass der andere Theil nicht durchgängig befriedigt wird, so steht es dem letzte-

teren frei, zur Erlangung einer günstigen Resolution auf den Ausspruch des Ausschusses, oder der Generalversammlung, oder eines Schiedsgerichts zu provociren, insofern er es nicht vorzieht, sogleich das Direktorium vor dessen ordentlichen Richter zu belangen, beziehentlich von demselben vor seinem Richter belangt zu werden.

§. 68.

Soll die Entscheidung durch schiedsrichterlichen Ausspruch herbeigeführt werden, so sind zu Schiedsrichtern, wenn es sich von solchen Streitigkeiten handelt, zu deren Beurtheilung medizinische Kenntnisse erforderlich sind, nur Aerzte und zwar Mitglieder oder Nichtmitglieder der Gesellschaft, je nachdem der reclamirende Theil das eine oder andere beantragt, — bei Differenzen, deren Beurtheilung Rechtskenntnisse voraussetzt, Rechtsgelehrte von gutem Rufe und unparteiischer Stellung, und in Sachen gemischter Art 2 Aerzte und 1 Jurist, oder auch nach umgekehrtem Verhältniss zu wählen.

§. 69.

Das Direktorium hat den seinerseits gewählten Schiedsrichter sogleich bei Anordnung des schiedsrichterlichen Verfahrens der Gegenpartei bekannt zu machen, diese aber binnen 14 Tagen bei Verlust des Wahlrechts, welches sodann dem Direktorium zufällt, einen Schiedsrichter zu ernennen und die Wahl dem letzteren anzuzeigen. Finden gegen die Gewählten keine gegründeten Bedenken statt, so treten dieselben zusammen und wählen einen Obmann (wobei, wenn hier eine gemeinschaftliche Wahl nicht zu Stande käme, das Loos entscheidet), welcher für den Fall, wo sie sich in ihren Ansichten nicht vereinigen können, die entscheidende Stimme hat.

§. 70.

Auf welche Weise das Schiedsgericht zusammengesetzt werden soll, und ob die gegen einen Schiedsrichter erregten Bedenken gegründet seien oder nicht, entscheidet, dafern sich die Parteien hierüber nicht einigen können, der Stadtrath zu Leipzig.

§. 71.

Möge nun die entstandene Differenz durch den Ausspruch des Ausschusses oder der Generalversammlung, oder eines Schiedsgerichts entschieden worden sein, so hat es bei diesem Ausspruche, der sich übrigens auch auf die Verbindlichkeit zur Uebertragung der durch die Differenz entstandenen unvermeidlichen Kosten zu erstrecken hat, sein unabänderliches Bewenden, und nur die Ausführung und Vollstreckung desselben, z. B. die Abnahme erkannter Eide, gehört vor die Civilgerichte, an welche der diesfalsige Antrag unter Bezugnahme auf die gefällte Entscheidung vom Direktorium zu richten ist. Ist jedoch auf die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges provocirt gewesen, so stehen jeder Partei die nach den Processgesetzen überhaupt zulässigen Rechtsmittel offen.

§. 72.

Irrungen jeder Art, welche zwischen dem Direktorium und dem Ausschuss entstehen möchten und durch gütliche Verständigung in gemeinschaftlicher Sitzung oder sonst ihre Erledigung nicht finden, werden ausschliessend zur Cognition und Entscheidung der Verwaltungsbehörde gestellt.



§. 70.

Auf welche Weise das Schiedsgericht zusammengesetzt werden soll, und ob die gegen einen Schiedsrichter erregten Bedenken gegründet seien oder nicht, entscheidet, dafern sich die Parteien hierüber nicht einigen können, der Stadtrath zu Leipzig.

§. 71.

Möge nun die entstandene Differenz durch den Ausspruch des Ausschusses oder der Generalversammlung, oder eines Schiedsgerichts entschieden worden sein, so hat es bei diesem Ausspruche, der sich übrigens auch auf die Verbindlichkeit zur Uebertragung der durch die Differenz entstandenen unvermeidlichen Kosten zu erstrecken hat, sein unabänderliches Bewenden, und nur die Ausführung und Vollstreckung desselben, z. B. die Abnahme erkannter Eide, gehört vor die Civilgerichte, an welche der diesfalsige Antrag unter Bezugnahme auf die gefällte Entscheidung vom Direktorium zu richten ist. Ist jedoch auf die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges provocirt gewesen, so stehen jeder Partei die nach den Processgesetzen überhaupt zulässigen Rechtsmittel offen.

§. 72.

Irrungen jeder Art, welche zwischen dem Direktorium und dem Ausschuss entstehen möchten und durch gütliche Verständigung in gemeinschaftlicher Sitzung oder sonst ihre Erledigung nicht finden, werden ausschliessend zur Cognition und Entscheidung der Verwaltungsbehörde gestellt.

Statuten der Wittwenkasse der Aerzte, Wundärzte, Thierärzte und Apotheker
des Königreichs Sachsen und der angrenzenden Herzog- und Fürstenthümer
bestätigt durch allerhöchstes Dekret vom 13. October 1852

Leipzig 1852

Pol.civ. 140 u,1/9#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10767432-4